

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaßene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Berein- und Besammlungskarten,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Preisdruck: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 16. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Gesundheitsgefährliche Betriebe.

Zu welcher grauenvoller Rücksichtslosigkeit die kapitalistische Ausbeutung führt, zeigt die Schilderung einiger der gesundheitsgefährlichsten Betriebe, die in dem „Jahresbericht der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten für 1897“ bei Erörterung des gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages erfolgt. Dabei können die Berichte das Unheil nicht einmal in seiner ganzen Ausdehnung zeigen, weil, wie wir in Nr. 159 des „Vorwärts“ vom 10. Juli d. J. darlegten, die Beobachtungen der Beamten durch Mangel an Zeit und genügenden Unterlagen eingeschränkt wurden. Sie schildern also nur einen Theil, keineswegs die Gesamtheit der Industrien, in denen die Gesundheit der Arbeiter zu grunde gerichtet wird.

Die Ursache der Erkrankungen ist stets eine doppelte: die Beschaffenheit der Werkstätten (verdorbene Luft, Staub, giftige Dämpfe) und die Länge der Arbeitszeit. Bei gleicher Länge der Arbeitszeit wird diejenige Thätigkeit um so schlimmer auf den Arbeiter einwirken, die er in einem „ungefunden“ Beruf vornimmt, und um so weniger, je mehr Werkstatt und Werkstattmaschine den hygienischen Anforderungen entsprechend eingerichtet sind. Aber auch „gesunde“ Berufe wirken krankmachend, wenn die Arbeitszeit eine zu lang andauernde ist oder es an genügenden Pausen fehlt, wobei noch, wie auch bei den „ungefunden“ Berufen, die individuelle Widerstandsfähigkeit des Arbeiters, bedingt durch Geschlecht, Alter, Lohn und entsprechende Lebenshaltung (Ernährung, Wohnung) ausschlaggebend ist. Dabei stehen Lohnhöhe und Arbeitsdauer in einem inneren Zusammenhange; beide werden sie gemeinsam beeinflusst von der sozialen Widerstandsfähigkeit der Arbeiter, die meistens in der Stärke ihrer Berufsorganisation zum Ausdruck kommt. Durch diese soziale Macht des Arbeiters wird sein Lohn wie seine Arbeitszeit weit mehr beeinflusst, als durch die Schwere und Gesundheitsgefährlichkeit der Arbeit; deshalb haben auch besonders die unorganisierten und schwer zu organisierenden ungelerten Arbeiter selbst in den ungeündesten Betrieben, wie z. B. den chemischen Fabriken, die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne — ganz entsprechend der Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus, für den nicht Fragen der Menschlichkeit, sondern nur der Macht entscheidend sind.

Man darf also nicht nur nach der Stundenzahl der Arbeitszeit entscheiden, ob, wie § 120a Abs. 3 der Gewerbeordnung sagt, durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, auch nicht nur nach der individuellen Widerstandsfähigkeit des Arbeiters (ob Arbeiterinnen, ob jugendliche oder erwachsene Arbeiter), sondern auch nach der sozialen Lage, und ferner auch danach, wie weit es gelangen ist, den § 120a der Gewerbeordnung zur Geltung zu bringen, welcher fordert, „daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.“

Bei der Unvollkommenheit, mit der heute der Arbeiterschutz durchgeführt wird, ist durch die Fassung des § 120a der schlimmsten Gesundheitsgefährdung der übergroßen Mehrzahl aller Arbeiter noch Thür und Thor geöffnet, weil bei Entscheidung der Frage, ob die „Natur des Betriebes“ die Anlage von Ventilatoren, luftigen Werkstätten und dergleichen ermöglicht, besonders bei den bestehenden, oft ohne jede Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter gebauten Anlagen sowohl von Seiten des Staates als seiner Beamten noch viel zu viel Rücksicht auf die Unternehmer genommen wird! Die Einführung eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages könnte also dort, wo eine durchgreifende Sozialreform verstanden muß, gerade den Geplagtesten und — wie wir schon zeigten — gleichzeitig auch sozial Widerstandsunfähigsten etwas Hilfe gewähren.

Der Potsdamer Gewerbe-Rath Dr. von Rüdiger erwähnt in seinem eingehenden Berichte, daß die französische Gesetzgebung 127, die belgische 122 gesundheitsgefährliche Betriebe annehme, in denen ein Maximal-Arbeitstag erforderlich ist. Bei uns sind vom Bundesrath 17 Verordnungen erlassen worden, von denen sich 16 auch auf die Arbeitsdauer beziehen. Der Potsdamer Beamte schlägt noch 42 Gewerbe vor, für welche die Einführung eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages mit entsprechenden Arbeitspausen und theilweisem Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern erfolgen soll. Hierzu kommen noch 19 Betriebe, welche von anderen Aufsichtsbeamten vorgeschlagen werden, denn es ist keineswegs, wie die kapitalistische Presse zur Verächtlichung ihrer Leser mittheilte, „nur“ der Potsdamer Beamte, der mit positiven Vorschlägen auftritt.

Dieser fordert einen Maximal-Arbeitstag von 10 Stunden, ausschließlich Arbeitspausen von 2 Stunden, Ruhezeit von 12 Stunden zwischen zwei Arbeitsschichten, Ausschluß von Arbeiterinnen (außer für Lumpenfortir-Anstalten, Schoddyfabriken, Zerreihen der Lumpen, Zuteilpinnereien, Zigarettenfabriken) und Ausschluß von jugendlichen Arbeitern (außer für Schoddy- und Zigarettenfabriken) für folgende Betriebe:

1. Zementfabriken, Zementmüllerei.
2. Zementverpackung.
3. Getreidemüllerei.
4. Korkmüllerei.
5. Lumpenfortiranstalten.
6. Schoddyfabriken.
7. Karbonisiren.
8. Zerreihen der Lumpen.
9. Zuteilpinnereien.
10. Fadenfabriken.
11. Anilinfabriken.
12. Methylenfabriken.
13. Kapholfabriken.
14. Sulfidfabriken.
15. Schwefelsäurefabriken.
16. Salpetersäurefabriken.
17. Sonstige nicht gesundheitsgefährliche Gemische Betriebe.
18. Zigarettenfabriken.

Einen Maximal-Arbeitstag von 10, 11 oder 12 Stunden oder ohne Angabe eines Zeitmaßes schlagen außerdem noch nachstehende Beamte für folgende Betriebe vor:

19. Bleihüttenarbeit (Oppeln, 12 Stunden, Wiesbaden).
20. Brenner in Ziegeln (Ostpreußen, 12 Stunden, Westpreußen für kleine Ziegeln 16 Stunden).
21. Chlorgasfabriken (Merseburg, nach 3—4 Stunden Ablösung).
22. Dekatur- und Appreturanstalten (Berlin, 12—13 Stunden).
23. Flachspinnerei (Minden).
24. Hasenhaarschneiderei (Frankfurt a. O., 11 Stunden).
25. Heizer und Maschinisten (Ostpreußen, bei 14 Stunden einen halben Ruhetag in der Woche außer dem Sonntag).
26. Holzschraubenfabriken (Berlin, 10 Stunden für Arbeiterinnen).
27. Radierer (Minden, 11 Stunden).
28. Maschinenfabriken (Minden).
29. Militäreffektenfabriken (Berlin).
30. Seelmühlen (Düsseldorf).
31. Schneidergewerbe (Ostpreußen, 12 Stunden und 1 1/2 Stunde Mittagspause für jugendliche Arbeiter 11 Stunden).
32. Schuhmachergewerbe (wie oben).
33. Thonwarenmüllerei (Frankfurt a. O., 11 Stunden).
34. Ziegeln (Altona, 12 Stunden, bei Nachtarbeit 10 Stunden); (Hannover 14 Stunden und 1 1/2 Std. Mittagspause); (Düsseldorf).
35. Hausindustrie der Wäsche- und Kleiderkonfektion (Minden).

Eine achtstündige Arbeitszeit einschließlich einer halben Stunde Arbeitspause und 12 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten mit Ausschluß von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern fordert der Potsdamer Beamte für:

1. Metallschleifereien.
2. Feilsehauerereien und Schleifereien.
3. Gadaustalten und Retortenarbeiter.
4. Verschiedene gesundheitsgefährliche Gemische Betriebe.
5. Explosivstoff-Fabriken.
6. Nitrirarbeit.
7. Bleistiftereien.
8. Verzinnungs-, Verzinkungs-, Vernicklungs-Anstalten.
9. Ziegelnbrenner.
10. Porzellan- und Kachelbrenner.
11. Glasbläser.
12. Malzbarren.
13. Indersaffinerien.
14. Gießereien.
15. Kaffe-Thonware.

Für 16. Klasse-Entzunder-Anstalten fordert noch der Beamte für Hildesheim achtstündige Arbeitsschicht mit einer Stunde Pause. Für Säurefabriken (Merseburg) und Kobalt-Sprengstoff-Fabriken (Arnsberg) hat auch der Potsdamer Beamte die achtstündige Arbeitsschicht gefordert.

Einen sechsstündigen Maximal-Arbeitstag ohne Pause mit 12 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten und Ausschluß von Arbeiterinnen (außer für Phosphorzündholz-Fabriken) und jugendlichen Arbeitern fordert der Potsdamer Beamte für:

1. Mehlmüllereien.
2. Mehlmüllereien.
3. Mehlfabriken.
4. Mehlzuckerfabriken.
5. Ammulatorienfabriken.
6. Ofenfabriken.
7. Keschereien.
8. Phosphorzündholzfabriken.

Für 9. Nitrobenzolfabriken fordert den 6 Stundentag der Beamte für Barmen.

Der Potsdamer Beamte fordert ferner für Gummi-fabriken, welche mit Schwefelkohlenstoff arbeiten, eine Arbeitszeit von 2 Stunden für männliche, 1 1/2 Stunden für weibliche Arbeiter mit 12 Stunden Ruhezeit zwischen zwei Arbeitsschichten und Ausschluß von jugendlichen Arbeitern.

Diese kurzen Arbeitszeiten werden natürlich nur für die Thätigkeit in den betreffenden gesundheitsgefährlichen Betrieben verlangt. Sobald die 1 1/2 resp. 2 Stunden vorüber sind, wird der Arbeiter bei einer anderen weniger gefährlichen Thätigkeit weiter beschäftigt. Es ist deshalb nur von der Arbeitszeit nicht vom Arbeitstag die Rede. Dieser beträgt in den Betrieben, auf welche exemplifiziert wird, zehn Stunden.

Zu ganzen ist also die Einführung eines Maximal-Arbeitstages (zum Theil auch nur einer Maximal-Arbeitsschicht) von 15 Beamten für 61 Gewerbe vorgeschlagen worden. Daß hiemit nur ein Theil der gesundheitsgefährlichen Betriebe getroffen wird, beweist schon ein Vergleich mit den französischen und belgischen Gesetzen, die doch keineswegs von sozialistischen, sondern kapitalistischen

Staaten wie der unsere gemacht wurden. Demnach ist auch bei uns eine größere Ausdehnung dieser Vorschriften zu fordern, und zwar, wie die Aufsichtsbeamten feststellen, auch für handwerksmäßige Betriebe, wie Schuhmacherei und Schneiderei, für die von Gewerbe-Aufsichtsbeamten ein Maximal-Arbeitstag gefordert wird. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, die Schilderungen, welche die Berichte über die Zustände in einzelnen Betrieben geben, eingehend zu erörtern; es ist eine große Fülle beachtenswerthester Beobachtungen, welche die Aufsichtsbeamten mittheilen.

Sache des Reichstages wird es nun sein, darauf hinzuwirken, daß der Bundesrath von seiner Befugniß, in gesundheitsgefährlichen Betrieben einen Maximal-Arbeitstag auch für erwachsene Arbeiter einzuführen, rasch und gründlich Gebrauch macht.

Die Arbeiterschaft aber hat danach zu streben, daß ihre Macht wächst, damit sie durch ihre Gewerkschaften wie durch ihre politische Vertretung nicht nur in den gesundheitsgefährlichen Betrieben, sondern auf allen Gebieten der Arbeit eine Arbeitszeit erringt, wie sie zur Erhaltung der Gesundheit und einer menschenwürdigen Existenz dringend notwendig ist! Je intensiver die Ausnützung der Arbeitskraft wird, um so notwendiger wird die Einführung eines gesetzlichen Achtstundentages als höchste Grenze der Arbeitsdauer.

Das Schandgesetz.

Nom. den 11. Juli.

Das neue Kabinet, das aus Exrepublikanern und Linksliberalen besteht, hat zu Ehren seines sogenannten Liberalismus das Bedürfnis gefühlt, der Kammer einen Ausnahmengesetz-Entwurf vorzulegen, um sich nach seinem Belieben die Anarchisten vom Halse schaffen zu können — so sagt es jetzt; ist das Gesetz erst unter Dach und Fach, so wird es zur Anbelung der Sozialisten, Republikaner oder gar Radikalen dienen — die man nach dem jetzigen Stand der Gesetzgebung nicht fassen kann — ganz wie 1895.

Man würde dann in der Lage sein, all die Verbrecher der Feder, des Stiftes, des Wortes und des Gedankens auf administrativem Wege nach den verwichenen Inseln, die durch die private Enquete des Abgeordneten Bischoff so furchtbar gebrandmarkt sind, oder auch nach Afrika in die Wüste von Arab (ist dafür das Blut der Italiener in Afrika geflossen?) zu schicken und mündtot zu machen.

In der That verfügte das Gesetz, daß eine Verwaltungskommission — beizartige administrative Urtheile sind selbst in Rußland schon abgeschafft; nur Italien hat noch das Vorrecht! — alle die in einem Zwangsaufenthalt bis zu drei Jahren verurtheilt sind, die durch vorbereitende Handlungen die wohlverworfene Absicht gezeigt haben, auf dem Wege der That (via di fatto) sich an den sozialen Einrichtungen und an der Staatsverwaltung zu vergreifen. Man begreift, daß damit der weiteste Spielraum gegeben ist, um den harmlosesten sozialistischen Agitatoren und Schriftsteller einen Strich zu ziehen.

Der Entwurf verbot ferner die Wiederherstellung der aufgelösten Vereine, schob die allgemeinen Wahlen zu den Verwaltungskörpern bis zum nächsten Jahre hinaus — alles nur der reaktionären Spitze von Mailand zu Liebe und zur Verhütung, die einem sicheren Sieg der Radikalen und Sozialisten entgegenbrachte — und verordnete endlich, daß die militärpflichtigen Angestellten der Eisenbahn, Post und Telegraphie neben ihrer Berufsthätigkeit und ohne eine Unterbrechung derselben jederzeit zum militärischen Dienste einberufen werden könnten. Damit ist die berüchtigte Militarisation der Beamten erreicht, die den Zweck hat, den Ausbruch von Aufständen gegen die Gesellschaften und die Verwaltung der Staatsbetriebe unmöglich zu machen und diese Beamten ihres Wahlrechts zu berauben.

Und dieses alles, diesen neuen Ausnahmestand sollte die Kammer bewilligen, ohne daß die Abgeordneten das Gesetz überhaupt zu Gesicht bekommen hätten; ein Hinweis auf das längst außer Kraft getretene Gesetz von 1894 sollte genügen! Auf Antrag eines radikalen Abgeordneten wurde jedoch die Regierung zur Beachtung der Verfassung gezwungen. Die Sitzung wurde unterbrochen, das Gesetz gedruckt und an die Abgeordneten zur Vorbereitung der Verathung vertheilt. Die dreitägige Generaldebatte, die sich sodann entspann, drehte sich ausschließlich um die sozialistische Lehre. Die Segner schämten dabei erbärmlich ab.

Enrico Ferri vertheidigte den Sozialismus in glänzender, einständiger, durch den Präsidenten und das Geschrei der Rechten wiederholt unterbrochener, aber stets siegreicher Rede. Er führte aus, daß die Sozialisten keine Ausnahmengesetze wollen, weil Ausnahmengesetze Unzufriedenheit, Gewaltthaten und Verbrechen hervorrufen, und die Sozialisten Revolutionen für schädlich halten, weil sie Revolutionäre im wahren und tiefsten Sinne des Wortes sind, und die Gesellschaft der Zukunft nicht in Hunger-Kuständen geschossen werden kann. Mehrere Redner der Linken, der Rechten und der Regierung bemühten sich, den Eindruck dieser Rede abzuschwächen. „Der sozialistische Gedanke ist eine Art Nihilismus, dessen Endziel zur völligen Erschlaffung aller menschlichen Kräfte führen muß.“ „Der Sozialismus will den Ehr- und Vermögenslosen alle Rechte geben, die Besitzenden und Ehrenreichen entziehen“ (Ausspruch des Direktors einer Irrenheilanstalt in Benevento — das sagt alles). Man höre folgende Aussprüche: Calissano: „Ihr Sozialisten propagirt eure Ideen vorzugsweise unter den Nichtswissern, dem ungebildeten Pöbel; weil ihr dort die raschesten Erfolge erzielen könnt.“ Darauf Ferri: „Kein, das ist unwohl! Calissano: „Es ist richtig, und ihr wißt es sehr genau! (Geschrei und Lärm). Gallo (Referent, Ex-Unterrichtsminister): „Die Sozialisten erstreben nicht das allgemeine Wohl; sie beuten die Unzufriedenheit nur für ihre persönlichen Interessen aus.“ Ferri: Das ist eine Unwahrheit, die Sie wider besseres Wissen aussprechen! (Beifall).

Pellour, der General-Präsident, erklärt schließlich, alle Parteien, die gegen die bestehende Ordnung konspiriren, durch Klassenhaß und wühlerische Propaganda die allgemeine Unzufriedenheit erregen, ständen außerhalb des ordentlichen Gesetzes. „Die Beamten thun voll

und ganz ihre Pflicht, wenn sie die aufrührerische Presse konstatieren; und sollen die vorhandenen Gesetze zur Unterdrückung der staatsfeindlichen Parteien nicht hinreichen, so gilt es, andere zu machen.

Ich berichte diese Ansprache wörtlich, damit man in Deutschland die Methode der Sozialistenbekämpfung, die in Italien geübt wird, kennen lerne. Aber: uno disco omnes. Wie's die machen, so machen's alle! Freilich, die Zeitungen sind noch weit reaktionärer! Auch Donati, der Ultrareaktionär, dem die Vorschläge der Regierung noch zu milde schienen, ließ die Gelegenheit nicht vorbeigehen, die Sozialisten anzugreifen. Er heimsuchte dafür die schneidendsten Worte: „Goldnecht“ (argousin), „erbärmlicher Feigling“ (petit lâche), „Sekundant des Kaufvolkes“ (second do gant) ein, zu deren Verständnis man sich erinnern möge, daß Donati in dem Duell Macola-Cavallotti Sekundant des ersteren war, und im Namen Macola's Cavallotti die Herausforderung übermittelte, wodurch dieser in Nachhaft kam; ferner, daß er dem Leichenzuge Cavallotti's von seinem Fenster aus lachend zusah.

Das Ergebnis der Verhandlung war: Verlagen der Diskussion über den Artikel 3, den schändlichsten und polzlichsten von allen, der selbst den unbedeutendsten Bürger der Willkür der Verwaltungskommissionen preisgab und der Gefahr des Zwangsdomizils ansah, bis zum November — wer weiß, wo dann die jetzige Regierung ist! Die übrigen Artikel wurden nach einer heftigen Debatte gegen die Sozialisten wie die äußerste Linke angenommen. Sie werden manchen italienischen Staatsbürger zu einem Bürger der verurteilten Inseln machen; denn was ist leichter, als eine Verurteilung wegen Aufreizung zum Massenhaß oder Preßvergehens? Und einmal verurteilt wegen dieser Delikte, ist man des Zwangsdomizils sicher.

Schon die Ferien werden zeigen, welche Anisse die Polizei und die reaktionären Parteien unter dem Schutze des liberalen Heim-Ministeriums gegen uns anwenden werden. Aber den Sozialismus werden sie nicht tödten!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juli.

Eine sensationell zugespitzte Nachricht bringt die „Volks-Zeitung“. Danach soll die Absicht bestehen, auf dem geordneten parlamentarischen Wege die geheime Abstimmung bei der Reichstagswahl zu beseitigen. Man denke diesen Plan durchzuführen zu können, weil man glaube, dabei auf das Zentrum rechnen zu dürfen. Das Zentrum sei, so wird dem genannten Blatt versichert, bereit, die offene Stimmabgabe einzuführen gegen Konzeptionen auf kirchenpolitischem Gebiete. Hierbei werde vorausgesetzt, daß das Zentrum dem Dr. Lieber auch in dieser Frage Folge leisten werde. Aber dies sei sehr wohl möglich, da das Zentrum von der offenen Stimmabgabe nichts zu fürchten habe und dadurch die Sozialdemokratie und die Bauernbündler vom Halbe bekomme. Schließlich hoffe man dann auch noch ein Sozialistengesetz zur Durchführung bringen zu können.

Man wird gut thun, diese Mitteilung recht kühl aufzunehmen. Zwar zweifeln wir natürlich keinen Augenblick an den freundlichen Absichten der regierenden Kreise gegenüber der Sozialdemokratie sowie gegenüber dem geheimen Stimmrecht. Wenn man das geheime Stimmrecht los werden könnte, was würde man nicht dafür geben!

Auch von irgendwelcher Ueberschätzung des Zentrums sind wir sehr entfernt. Trotzdem stehen wir den Mitteilungen der „Volks-Ztg.“ einigermassen skeptisch gegenüber.

Nicht der Mannesmut des Zentrums, nicht Sympathien dieser Partei für das jetzige Wahlrecht sind es, welche diesem Recht Schutz und Sicherheit geben. Aber das Zentrum weiß recht gut, daß die katholischen Arbeiter an demselben Tage das Licht der Freiheit werden würden, an dem sie bisher die Zentrumssuppen gelöffelt haben. Das Zentrum weiß auch, daß leicht die Zeiten wiederkehren können, wo Zentrum nicht mehr Trumpf ist, wo das Zentrum zu den „vaterlandslosen Gesellen“ geworfen und mit allen Mitteln der Regierungsgewalt belämpft werden dürfte. Wir halten denn doch das Zentrum für zu schlau, als daß es in eine Falle gehen sollte, in der es beim Speck der Aufhebung des Jesuitengesetzes und den anderen ihm wohlthunenden Dingen schliefend gefangen und zu grunde gerichtet werden würde.

Aber die Mitteilungen der „Volks-Zeitung“ sind immerhin in hohem Maße bezeichnend. Herr Dr. Lieber und seine Mit-Ratensänger, die ihre Partei schon so weit in das Reaktionsgebiet geführt haben, ersieht daraus, was alles man ihnen bereits zutraut!

Und die Dinge mögen nun wie immer liegen und die Zukunft mag bringen was es auch sei: die Sozialdemokratie ist gerüstet, jeglichen ihr angebotenen Strauß aufzunehmen.

Nochmals die Beamten und die Sozialdemokratie. Die Angst vor der Sozialdemokratie scheint den Herren Reaktionsären alle Besinnung geraubt zu haben. Daß der ganze Regierungsbau in der Luft steht, wenn man sich auf das Heer der unteren Beamten nicht unbedingt verlassen kann, das begreifen die Herren Reaktionsäre; allein in ihrer blinden Angst treffen sie Maßregeln, die dieses Beamtenheer, das wichtiger ist als das Soldatenheer, von sich abstoßen. Die Masse der Herren Thieren und Boddietts haben nach dieser Richtung hin schon beträchtliches geleistet, indeß das reicht noch nicht aus.

Wie die Leser schon wissen, werden diese Masse jetzt den Beamten in einer Weise „eingeschärft“, die jeden Mann von Selbstgefühl aufs Äußerste erbittern muß. Außerdem hat man den Beamten, ganz nach Stumm'schem Muster, das Halten sozialdemokratischer Blätter verboten. Das alles ist aber noch nicht genug. Jetzt wird ein noch energischeres Vorgehen zur Ausrottung sozialdemokratischer Ideen unter den Beamten in Aussicht gestellt. Namentlich soll den Beamten das Petitionsrecht genommen werden. Daß dies offen geschehe, erscheint selbst der „Kreuz-Zeitung“ etwas bedenklich. Sie weiß sich jedoch zu helfen. Sie verlangt, daß die Petitionen von Beamten an den Reichstag und den Landtag den Behörden auf Wunsch ausgehändigt werden müssen, damit diese den rebellischen Beamten den Gedanken, sie seien im Besitze der staatsbürgerlichen Rechte, welche jedem Preußen und Deutschen verfassungsmäßig zugesichert sind, nachdrücklich austreiben und ihnen durch das kräftigste argumentum ad hominem den Beweis ihrer politischen Rechtlosigkeit liefern können.

In dem betreffenden Artikel sagt die „Kreuz-Zeitung“: Die Beamten sollten doch einsehen, daß sie in ihren Vorgesetzten ihre besten Freunde hätten, — von den Oppositionsparteien sei ihnen zwar viel versprochen, nie aber etwas gehalten worden. Das ist eine platte Unwahrheit. Thatsache ist, daß alle Verbesserungen der Beamtenlage seit Bestand des Reiches auf die Thätigkeit der Oppositionsparteien zurückzuführen sind. Und da im Reichstag die Oppositionsparteien mächtiger sind als im Landtag, ist auch für die Reichsbeamten mehr geschehen als für die preussischen Beamten.

Das weiß jeder Beamte, und jeder Beamte weiß, wo seine Freunde, und wo seine Feinde sind. —

Deutsches Reich.

Internationale Solidarität. Gleich der Social democratic Federation hat auch die zweite der beiden sozialistischen Organisationen Englands, die Independent Labour Party, der deutschen Sozialdemokratie zu ihren Wählern ihre Glückwünsche ausgedrückt. Auer, als Vertreter des Vorstandes, erhielt folgende Zuschrift:

Lieber Kamerad!

Ich bin beauftragt, Ihnen nachstehende Resolution mitzutheilen, die in der letzten Sitzung des Verwaltungsraths unserer Partei einstimmig angenommen ward:

Der Verwaltungsrath der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens erblickt den Kameraden in Deutschland, Frankreich und Belgien seinen Brudergruß und beklüßigt sie von Herzen zu den großartigen Erfolgen der jüngsten Wahlen. Der Verwaltungsrath freut sich, den Kameraden im Auslande die Versicherung geben zu können, daß ihre Siege wesentlich dazu beigetragen haben, der Sache des Sozialismus in Großbritannien Vorschub zu leisten. Mit Brudergruß

John Verd.

Wir danken dem Herrn Generalsekretär und knüpfen an unseren Dank die Hoffnung: dem brüderlichen Geiste des internationalen Sozialismus, der aus dieser Zuschrift ebenso spricht, wie aus der des „Sozialdemokratischen Bundes“, möge es gelingen, die Hindernisse, welche der Einigung beider Bruder-Organisationen entgegenstehen, bald aus dem Wege zu räumen.

In den Eisenbahntarif-Streitigkeiten, welche nach Zeitungs-meldungen zwischen Deutschland und Rußland vorherrschen sollen, schreiben die „Berliner Politischen Nachrichten“: Ueber die Herstellung ermäßigter Getreide-Frachtsätze im Verkehr mit Rußland haben, ebensoviele wie über sonstige Eisenbahntarif-Fragen zwischen der preussischen und russischen Regierung Verhandlungen in letzter Zeit stattgefunden; dagegen haben die beteiligten Eisenbahn-Verwaltungen über die Einführung regelrecht gebildeter, direkter Getreide-Frachtsätze von russischen nach deutschen Binnenstationen verhandelt und die preussischen Eisenbahndirektionen sind bereits vor mehreren Wochen ermächtigt worden, den Anträgen der russischen Eisenbahnen grundsätzlich zuzustimmen.

Wunderliche Trostgründe macht sich die „Kreuz-Zeitung“ oder vielmehr ihr Dresdener Korrespondent hinsichtlich des Ausfalls der Wahlen in Sachsen zurecht. Das Blatt giebt selbst zu, daß die gewöhnlichen Gründe, die sonst in den Wahlrückblicken beliebt wurden, für Sachsen absolut nicht passen; es sagt in dieser Hinsicht:

Diese Zunahme (der sozialdemokratischen Stimmen) darf in Sachsen weder darauf zurückgeführt werden, daß die Partei mehr Kandidaturen aufgestellt hätte, als das letzte Mal, noch darauf, daß sie ihre Agitation auf Örgenden ausgedehnt hätte, die früher von ihr wenig berührt gewesen wären. Hier ist kein Wohlkreis, wo nicht seit Jahrzehnten mit der Sozialdemokratie gekämpft wurde, sein noch so entlegenes Dorf, das nicht längst schon seine sozialdemokratische Versammlung, seine Flugblätter u. a. m. gehabt hätte. Extensiv hat sich der Boden der Partei nicht erweitern können. Intensiv ist er nur dort gewachsen, wo entweder das Wachsthum der Industrie und die Landflucht zu einer bedeutenden Vermehrung der Arbeiterschaft geführt haben, oder wo das bisherige Vorhandensein starker freireligiöser Reste in der Bevölkerung den Nährboden lieferte, auf dem sich nach dem Gesetze von der Vorstufe eine weitere Entwicklung der Wählerschaft nach links noch vollziehen konnte.

Mit den letzteren Worten betrifft das Blatt bereits das Gebiet seiner mannehrigen Hoffnungen:

Diese letztere Vorbedingung wird künftig in Sachsen nicht mehr gegeben sein. Der letzte freireligiös vertretene gewesene Wahlkreis, Jittkau, ist mit dieser Wahl an die Sozialdemokratie übergegangen, eine freireligiöse Partei existiert hier zu Lande nicht mehr, die Wählerschaft des Landes, soweit sie nicht sozialdemokratisch ist, bildet eine geschlossene, von der Sozialdemokratie im allgemeinen scharf abgegrenzte Masse, die sich nicht mehr nach links, nur noch, in Verschärfung des vorhandenen Gegensatzes, nach rechts hin entwickeln kann. Damit ist für die Ausdehnung der Sozialdemokratie in Sachsen eine relative Grenze erreicht. Kraft ihrer Agitation wächst sie hier in der Hauptsache nicht mehr. Sie wächst nur noch dort, wo sich ihr bisheriges Rekrutenreich, die industrielle Arbeiterschaft, ausdehnt. So allein erklärt sich auch die auffallende, bei der letzten Wahl hervorgetretene Thatsache, daß die sozialistischen Stimmen in sieben sächsischen Kreisen keinen Fortschritt, sondern einen Abgang, wenn auch meist nur geringfügigen, aufzuweisen haben.

Das ist ganz wirres Zeug, das da der Dresdener Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“ redet. Der Abgang in einigen Kreisen soll sich dadurch erklären, daß dort die industrielle Arbeiterschaft nicht gewachsen sei. Das ist so ohne weiteres nicht richtig. Die Ursachen sind in den verschiedenen Kreisen sehr verschieden; es sind auch Kreise dabei, in denen die industrielle Arbeiterschaft gewachsen ist, in denen aber, da die Wahl unserer Kandidaten gesichert erschien, nur lau gewählt wurde. Weiter aber, wenn es richtig ist — und dies ist richtig —, daß die Sozialdemokratie mit dem Wachsen der Industrie wächst, so scheint es doch um die Hoffnungen der Herren Konservativen recht schlecht zu stehen. Allerdings ist das Beständlich, das in diesen Ausführungen des Korrespondenten liegt, und recht interessant. Aber der Herr hat nur ein großes Trostmittel. Die Gegenstände haben sich scharf geschieden, die freireligiöse Vorstufe sei beseitigt und die jetzt nicht sozialdemokratische Wählerschaft könne sich nur noch nach rechts entwickeln! Aber wie kehrt's denn mit der antimilitarischen Vorstufe? Hat diese nicht den Freireligiösen in Sachsen insofern abgelöst, als die Wähler, die der konservativen Politik überdrüssig sind, der „Reformpartei“ zutreten? Und ist nicht dieser „Reformpartei“ hundertmal gerade von konservativer Seite gesagt worden, sie sei die Verhe, welche die Wähler über den großen Gegensatz von Konservativ zu Sozialdemokrat hindrücken?

Der Korrespondent irrt sich also sehr, wenn er meint, es sei eine relative Grenze für die Sozialdemokratie erreicht. Es giebt noch viele Sehnsüchte von Arbeitern und kleinen Leuten, die den Konservativen nachlaufen, weil sie es noch nicht besser verstehen. Aber ihr Interesse führt sie schließlich zur Sozialdemokratie. Und die schärfste Blindheitspolitik der Volkstretungen und Chifanierungen auch der mildesten Opposition wird ihr übrig thun, um die Sozialdemokratie weiter zu stärken wie es bisher geschah. Der Herr Korrespondent wird in nicht unserer Zeit wieder neue Grenzen ziehen müssen.

„Eine Tragödie der sozialistischen Verkerrungen“ betitelt der „Reichsbote“ einen schon-berühmten Artikel über das Ende unserer Eleanor Marx. Es ist eine Erörterung der bekannten, von uns schon gebrandmarkten Notiz, die während des Wahlfeldzuges durch die Presse ging, und obgleich der „Reichsbote“ durch einen Aufsatz, den Verstein im letzten Heft der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat und in dem er einige Briefe der Verstorbener mittheilt, von dem wahren Sachverhalt unterrichtet ist, hält er doch an der Sage fest. Eleanor Marx habe durch den Bund mit Abelung dessen rechtmäßige und schuldlose Frau „betrogen“. Wir wiederholen: die rechtmäßige Frau Abelung's war, als der Bund geschlossen ward, unheilbar wahnsinnig, konnte aber nach englischem Recht nicht von Abelung getrieben werden, und ist durch dessen Verbindung mit Eleanor Marx in keiner Weise geschädigt oder benachteiligt worden; übrigens ist sie seit drei Jahren todt.

Die Haftung des Staates für Schadenszufügungen durch Beamte ist eine Frage, welche schon häufig als besserer Regelung bedürftig erörtert worden ist. Einen wesentlichen Fortschritt bringt in dieser Richtung das jetzt vorliegende Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Bayern. Der Artikel über die Haftbarkeit des Staates und der Kommunalverbände lautet:

Für den Schaden, den ein Beamter des Staates einer Gemeinde oder eines Kommunalverbandes in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt einem Dritten zufügt, haftet der Staat oder der Verband, in dessen Diensten der Beamte steht, in gleicher Weise, wie der Beamte, soweit der Ersatz von diesem nicht zu erlangen ist. Die Vorschriften des § 773 und § 773 Abs. 1 Nr. 2 und 4, Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden entsprechende Anwendung. In dem Verhältnisse des Staates oder des Verbandes, in dessen Diensten der Beamte steht, und der Beamten zu einander, ist dieser allein verpflichtet. Die für einzelne Klassen von Beamten bestehenden besonderen Vorschriften bleiben unberührt. Ausländern kann die Entschädigung verweigert werden, wenn nicht nachgewiesen ist, daß in dem Heimathstaat des Beschädigten eine der Vorschriften des Abs. 1 dieses Paragraphen entsprechende Haftung Deutschen gegenüber anerkannt wird.

In der Begründung heißt es:

Die Haftung des Staates wird vom Entwurf grundsätzlich für alle Beamten anerkannt, nicht bloß für die höheren Beamten, die Beamten im engeren Sinne, sondern auch für die niederen Bediensteten, soweit ihnen die Ausübung einer öffentlichen Gewalt übertragen ist. Sie ist auch nicht ausgeschlossen, wenn dem Vertheiligten die Wahl des Beamten freisteht, der in seiner Angelegenheit thätig werden soll; denn die Wahl ist auf die vom Staate aufgestellten Beamten beschränkt. Bei den Gerichtsvollziehern als Vollzugsbeamten kommt aber für das Rechtsverhältnis zu dem Gläubiger in Betracht, daß der Gerichtsvollzieher seinem Auftraggeber nach der herrschenden Meinung, mit der die Rechtsprechung des obersten Landesgerichts übereinstimmt, nicht als Beamter, sondern als Auftragsrat gegenübersteht. Wegen der Haftung für den Schaden, welchen ein Notar in Ausübung des Amtes dem Vertheiligten schuldhafterweise zufügt, wird der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung des Notariats als Erforderliche bestimmt.

Dieses bayerische Gesetz entspricht bis zu einem gewissen Grade den Forderungen, welche die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags bei Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches gestellt hatte. Unerfüllt bleibt jedoch die weit bedeutsamere und höchst berechtigste Forderung, daß der Beamte für jede Schädigung, die er verursacht, aufzukommen hat, nicht nur für diejenigen, bei denen seine Fahrlässigkeit oder Vorsätzlichkeit als erwiesen erachtet wird. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, werden die Beamten von der Übernahme unberechtigter Handlungen gegen die Staatsbürger nicht genügend abgedrückt werden.

Bürgerliche Ehescheidung. Ein seltsames Inserat findet sich in der „Preussischen Lehrerzeitung“. Dort ist zu lesen:

„Zum 1. Oktober ist eine vorzügliche Landlehrerstelle in Hinterpommern durch den Patron zu vergeben.“

Wunsch des Vergebers ist Einheiratung in die Stelle.

Offerten erbeten sub A. B. postlagernd nach Köslin.“

Hier wird also ganz unverblümt mit der Amtsstelle zugleich eine Ehe angetragen.

Nicht abgel ist auch ein Inserat, das die fromme „Germania“ veröffentlicht. Dasselbe lautet:

„Für seine Schwester sucht ein katholischer Geistlicher einen Lebensgefährten. — Genannte ist 26 Jahre alt, vornehme Erziehung, liebevoll, später einige tausend Mark Vermögen. — Da meine Schw. seit 4 Jahren mit der Wirtschaft geführt hat in einem Diaporaort, so hat es ihr bisher an jeder kath. Herrschaftsmittelschaft gefehlt.“

Reflektierende Herren in gesicherter Lebensstellung wollen möglichst mit mir in Korrespondenz treten unter B. H. 103 an die Expedition der „Germania“. Solliche Discretion.“

Keuliche und noch weit aufdringlichere Vertragsangebote finden sich in den meisten bürgerlichen Blättern. Und diese selben Blätter haben dann oft die Dreistigkeit, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, sie wolle das Verhältnis der Geschlechter erniedrigen. Köcher kann man die heutige Ehe als einen Kaufhandel nicht qualifizieren, als es durch derartige Inserate geschieht. Uebrigens sind diese Inserate nur ein milder Ausdruck dessen, was im wirtlichen Leben alle Tage tausendfältig geschieht.

Wespen (Oberösterreich), 13. Juli. (Fig. Ver.) Merkwürdige Sozialistenhege in der Kirche und ihre Folgen. Eine kleine Probe davon, in welcher Weise oberösterreichische Geistliche in der Wahlzeit ihr geistliches Amt zu politischen Zwecken benutzten und dadurch ärgerliche Szenen hervorriefen, lieferte eine heute mitgeteilte Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. In den kirchlichen Sozialistenverfolgern gehört auch der Pfarrer Zunkel in Kahlowitz bei Antonienhütte. Noch am Vorabend der Wahl, in einer Abendandacht am 15. Juni, hielt er es für nötig, von den Sozialdemokraten allerlei ungewisses Zeug an den Mann zu bringen. Unter anderem erdreckte er sich zu der Unwahrheit: „Den Sozialdemokraten soll man nicht glauben, denn die lügen.“ Ab er sich der Unwahrheit dieses Satzes bewußt war und ihn trotzdem aussprach, oder ob er ihn in seines Herzens Einsicht für wahr hielt, sei dahingestellt. Diese Verurteilung aber reizte den an der Andacht theilnehmenden Arbeiter Johann Bramböck aus Eintrachtshütte zum Widerspruch, und in der begreiflichen Erregung über die von Pfarrer Zunkel ausgesprochene Unwahrheit ließ er sich hinreißen, laut auszurufen: „Du Dummer weiter lägst.“ Diese Art der Abwehr war nicht schön und nicht gefehlt werden, und zwar möglichst bald, so lange die Wahlen noch in frischer Erinnerung sind. Wegen Vergehens gegen die Religion und Beleidigung des Pfarrers Zunkel wurde Bramböck heute zu drei Monaten (7) Gefängnis verurteilt; die Andrede, daß er damals, als er jene Worte sprach, betrunken gewesen sei, wurde ihm nicht geglaubt.

Und was geschah dem Pfarrer, der statt einer Predigt eine politische, eine Wahlversammlung abhielt, ohne sie angemeldet zu haben? Was geschieht mit den Tugenden von oberösterreichischen Geistlichen, die vor, in und nach der Wahlzeit die Kirchen zum Zummelplatz politischer Hegeereien gemacht haben und machen? Tausende dieser katholische Hegepredner umgibt öffentlich beleidigen, der Beleidigte, der sich wehrt, läuft Gefahr, für die Abwehr noch bestraft zu werden.

Nur so weiter! Die Folgen des regnerischen Fanatismus in den Kirchen haben sich bei den Wahlen gezeigt; die Folgen der neuen pastoralen Freirecht werden sich bei den nächsten Wahlen zeigen.

Am Olsch-Lothringen, 14. Juli. (Fig. Ver.) Das kaiserliche Bezirkspräsidium in Colmar hat vor kurzem eine Ausweisung verfügt, die infolge ihrer diafonischen Härte und der ihr zu Grunde liegenden Motive in der reichsständischen Presse viel von sich reden macht. In Mülhausen war bis vor wenigen Tagen eine schwizerische, aus dem Kanton Appenzel stammende Familie auswärts, die jetzt ihren Wohnsitz nach Basel verlegen wollte, nachdem sie 84 Jahre lang in Mülhausen gelebt hatte. Am 1. Juli erhielt das Haupt der Familie nämlich einen Ausweisungsbefehl zugestellt, mit der Auflage, längstens bis zum 8. des Monats das Gebiet des Deutschen Reichs zu verlassen. Der Grund zu dieser unbegreiflichen Maßregel des oberösterreichischen Bezirkspräsidiums ist der folgende: Der Ausgewiesene hatte einen Sohn, der dieses Jahr militärpflichtig wurde. Auf Grund eines alten französischen Gesetzes mußte die Behörde denselben als Elässer zu erklären, weil er im Elß geboren sei, und ihn demnach in die preussische Armee einzureihen. Der Vater widersetzte sich diesen Verlangen unter Berufung auf sein schweizerisches Bürgerrecht, das auch auf seinen Sohn übergegangen sei. In der Ausweisung ertheilt er nun die behördliche Antwort auf seine Reklamationen. — Die amtliche „Etr. Korr.“ veröffentlicht ferner eine Liste von 16 durch die drei Bezirkspräsidien des Reichslandes verfügten Ausweisungen. Neben davon betreffen französische, vier schweizerische, drei italienische, je 1 belgische und österreichische Staatsangehörige.

Oesterreich.

Zum Schelten der Verfassungen der deutschbürgerlichen Opposition über die Vorschläge des Grafen Thun spricht sich die Wiener „Ab.-Ztg.“ folgendermaßen aus:

Die Konferenz hat ihre Tagetage vollendet, und Graf Thun steht wieder vor dem leeren Nichts. Die Deutschen haben dem Grafen Thun erklärt, daß seine Vorschläge nicht geeignet sind, eine Grundlage für weitere Besprechungen abzugeben. Diese Antwort ist eigentlich nur psychologisch zu verstehen, denn im Grunde sind die „unverbindlichen Besprechungen“ nicht unmöglich, sondern überflüssig, weil sie schon stattgefunden haben. Die Konferenz hat die Vorschläge des Ministerpräsidenten sachlich geprüft, sie hat sie von etwa vierhundert Sachverständigen begutachtet lassen, und sie hat auch dem Grafen Thun ausführlich dargelegt, was diese Vorschläge für die Deutschen als unannehmbar erscheinen lassen. Ob Graf Thun mit der Konferenz unmittelbar verhandelt oder durch Voten, das ist doch für die Sache höchst gleichgültig; das ist nur deusschönheitliche Etiquette, die es nicht gelten lassen will, daß man über die Sprachenfrage verhandelt, bevor die Sprachverordnungen nicht aufgehoben sind. Das Ergebnis der Konferenz ist also nicht, daß die Deutschen, wie sie sagen, es ablehnen, mit der Regierung weiter zu verhandeln, sondern daß sie den Vorschlag des Grafen Thun ablehnen. Wenn jene Besprechungen, über deren Stattfinden zu entscheiden man die Konferenz einberufen hatte, jetzt noch erfolgen würden, so könnten sie nichts als eine Wiederholung der Verhandlungen und Verhandlungen sein, die jetzt abgehalten wurden. Es ist recht mühsam, aus dem diplomatischen Wandelwerk dieser Verhandlungen, die sehr greifbare waren und doch keine sein sollten, den Kern herauszuschälen. Anscheinend dreht sich der Streit um formale Dinge, in Wirklichkeit aber ist der Gegenstand sachlicher Natur. Um es mit einem Wort zu sagen: Die Deutschen verlangen mehr, als ihnen Graf Thun geboten hat.

Eigentlich könnte man meinen, daß, wenn die Auseinandersetzung bis zu diesem Punkte gediehen ist, es doch kein besonderes Kunststück wäre, sie zum Ende zu führen. Denn es besteht doch kein prinzipieller Unterschied zwischen den Forderungen der Deutschen und den Vorschlägen der Regierung, sondern lediglich ein quantitativer. Graf Thun bot weniger, als die Deutschen begehrten; und ein solcher Unterschied wäre doch, sollte man meinen, ohne große Gefahr ausgleichbar. Aber das ist eben der Punkt, worum sich alles dreht. Graf Thun kann den Deutschen nur das anbieten, was er den Gehehen abliebt; er kann ihnen nicht mehr gewähren, als er den Gehehen abringt. Schließlich kommt die innere Natur dieses Sprachkampfes immer zum Vorschein: als eines Kampfes um die Macht, die mit der so oft zitierten Gerechtigkeit nichts zu thun hat und mit der praktischen Nothwendigkeit nur lose zusammenhängt. Deswegen scheitern alle diese Verständigungsversuche an derselben Ursache: an dem nationalen Chauvinismus der Bourgeoisie, der durch seine soziale Nothwendigkeit gezeugt wird, sich durch das politische Privileg geschützt, frei ausleben kann und im Grund zu einem nationalen Einvernehmen nicht mehr fähig ist. Alle diese Versuche, deren Zahl garnicht mehr zu zählen ist, sind im Wesen nichts als Verschönerungen der nationalen Klugheit; Graf Thun redet damit den Chauvinisten einig zu, ihre überhöhte nationale Erregung fahren zu lassen und doch endlich Vernunft annehmen zu wollen! Diese Versuche müssen scheitern und werden scheitern, so oft sie wiederholt werden, denn sie verfehlen die Natur dieser Kämpfe vollständig. Graf Thun hat eine solche Scheu vor der Öffentlichkeit, daß er auch jetzt den Konferenzlern verbot, seine Pläne der Öffentlichkeit mitzutheilen. Aber er wird bald erkennen, daß die Sprachenfrage nur gelöst werden kann, wenn die breiten Volksmassen ein gleichwertiges Wort mitzusprechen haben werden, und daß es ein kindischer Wahn ist, diese entseelten Kräfte mit so abgedrängten Mitteln und Mitteln beschwören zu wollen.

Was wird Graf Thun jetzt machen? Er weiß es nicht. Da er angeblich nicht auf Urlaub zu gehen gedenkt, der bessere Theil seines Ministerbureau also verloren geht, so wird nichts übrig bleiben, als daß Graf Thun endlich doch begreifen lernt, daß, wer schwimmen will, ins Wasser gehen muß. Die Regierung kann nichts Anderes thun, als die Probe auf das Exempel machen. Das Parlament ist der Ort, wohin der Sprachentwurf gehört; die Regierung muß den Reichsrath einberufen und ein Sprachengesetz vorlegen. Denn dort kann der Entwurf kritisiert, geprüft, verbessert werden, und nur dort kann es sich endgültig zeigen, ob das privilegierte Parlament überhaupt noch fähig ist, den nationalen Frieden in Oesterreich zu begründen.

Wien, 15. Juli. Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Grafen Thun mit den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes wurden heute fortgesetzt.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes erlassene Verordnung vom 9. Juli betreffend das Jüdischen-Privilegium und das Spirituosenkontingent.

Frankreich.

Der Versuch innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion hat sich erfreulicherweise nicht bestätigt. Es war ein albernem Gerücht, das von dem Wollischen Telegraphen-Bureau in die Welt hinausgeschickt ward. Es ist seinem Mitglied der Fraktion eingeleitet, aus derselben auszutreten, und Strauß-Richard, der durch eine scharfe Kritik den Anlaß zu dem Gerücht gab, schreibt heute in der „Revue Républicaine“:

„Einigen Mitgliedern der sozialistischen Gruppe hat meine Note über die Abstimmung betreffend die Interpellation Rouvieres nicht gefallen. Ich erachte es für meine Pflicht, ihnen als Kamerad zu sagen, daß es bei den Meinungsverschiedenheiten, die diese aufregende (irritante) Drehstuhl-Frage hervorbringt, sehr schwer ist, immer das richtige Maß zu halten; und ich hoffe, daß wir die volle Gemeinschaft des Fühlens und Handelns recht bald wieder finden werden.“

Recht so! Und wir hoffen es auch.

Paris, 15. Juli. Oberst Picquart hatte in der Gefängniszelle einen heftigen Nervenanfall. Den Wächtern zufolge befürchteten die Gefängniswärter, Picquart könnte Selbstmord verüben und wollten ihm die Wangsjacke anlegen, doch gelang es, Picquart zu beruhigen. — Das „Echo de Paris“ glaubt bestätigen zu können, daß sensationelle Verhaftungen bevorstehen.

Italien.

Rom, 14. Juli. Nach Annahme der Vorlagen betreffend die öffentliche Ordnung vertrat sich auch der Senat auf unbestimmte Zeit.

Türkei.

Die Areta-Frage. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Konstantinopel vom 14. d. M.: Die Pforte empfing die Antwort der italienischen Regierung auf das türkische Rundschreiben betreffend Areta. Die Antwort hält daran fest, daß die Lösung der irdischen Frage sich auf die effektive Autonomie unter der obersten Souveränität des Sultans stützen müsse, aber es sei nicht möglich, die Insel ohne eine Regierung zu lassen. Angesichts der Unmöglichkeit, eine osmanische Verwaltung wieder einzurichten, und da eine definitive Verwaltung zwischen der Pforte und den Mächten nicht vereinbart werden konnte, sei das provisorische Regime, wie es der Pforte mitgeteilt worden sei, den vier Mächten als dasjenige erschienen, das den Anforderungen des Augenblicks am besten entspricht.

Partei-Nachrichten.

Parteilgenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Der diesjährige Provinzial-Parteitag findet in Berlin am Sonntag, den 11. September, von mittags 12 Uhr ab in Cohn's Lokal, Weußstraße 20, statt. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitations-Kommission.
2. Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl?
3. Anträge.

Aun Genossen, beruft ungesäumt die Wahlkreis-Konferenzen resp. Parteiverfassungen, um Stellung zu vorliegender Tagesordnung zu nehmen und die Wahl der Delegirten zu vollziehen. Daß alle 26 Wahlkreise vertreten sein müssen, versteht sich von selbst. Jeder Kreis ist berechtigt, 8 Delegirte zu entsenden. Den Gewählten ist ein Mandat auszustellen. Mandatsformulare werden allen Kreisen zugestellt.

Auf den ersten Blick mag die Tagesordnung etwas kurz bemessen erscheinen, dem ist aber in Wirklichkeit nicht so. Ganz abgesehen davon, daß infolge polizeilicher Hindernisse erst um 12 Uhr mittags in die Verhandlungen eingetreten werden kann, sind Schäden und Mängel bezüglich Organisation und Agitation während der letzten Wahlkampagne in unserem Agitationsbezirk mehr denn zuviel und so offensichtlich zu Tage getreten, daß eine gründliche Diskussion stattzufinden hat. Der Punkt 2 der Tagesordnung bietet hierzu die Gelegenheit. Findet der Provinzial-Parteitag dann im Anschluß hieran die Wege, die voranschreitend zur Besserung vorhandener Schäden führen, so hat er seinen Zweck durchaus erfüllt. Sorge also jeder Parteigenosse für zahlreichste Besichtigung.

Anträge, welche zur Verhandlung gestellt werden sollen, sende man bis spätestens 8. September Unterzeichnetem ein.

Von den stattfindenden Wahlkreis-Konferenzen gebe man uns vorher, unter Angabe von Ort, Zeit u. s. w. Kenntniß.

Mit Parteigrüß

Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

S. A.: Carl Dimmid, Berlin S., Louise-Ufer 11.

N.B. Die Partei-Organen der Provinz ersucht um gefl. Abdruck D. O.

Todtenliste der Partei. In Pörsbirtz (Vorpommern) starb der Genosse Joh. Crusat, früher Redakteur der „Vollzeitung für Pörsbirtz und Vorpommern“. Seit Jahren hatte er alle seine Kraft und Fähigkeiten zur Agitation und Organisation in Vorpommern verwendet.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Für Herrn Graf Limburg-Stürum, der sich durch einen Artikel der „Vollzeitung“ beleidigt fühlte, hatte die dortige Staatsanwaltschaft im „öffentlichen Interesse“ Strafandrohung gestellt. Der Prozeß endete aber mit einer Freisprechung. Der Herr Graf hatte in einer Wahlversammlung in der unüblichen Weise auf die Sozialdemokratie geschimpft und von der „Vollzeitung“ die gebührende Antwort darauf erhalten.

— Genosse Keil in Wilsau bei Ividan hatte ein Strafmandat über 75 M. erhalten, weil er durch die Mittheilung, daß ein gewisser Wirth sein Lokal zu Versammlungen nicht hergebe, Verurtheilung begangen haben soll. Seine Verurteilung wurde vom Schöffengericht verworfen.

— 26 Parteigenossen in Dresden hatten Strafmandate in der Höhe von je 5 M. erhalten, weil sie während der Wahlperiode auf öffentlichen Straßen und Plätzen Wahltraktate vertheilt haben, wie dies nach § 43 der Gewerbe-Ordnung ausdrücklich untersagt ist. Der Dresdener Stadtrath hat aber eine Verleumdungsgeschichte, nach welcher der betreffende Paragraph des erwähnten Reichsgesetzes einfach aufgehoben wird, indem das „Kolportieren“ auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten, bezw. von einer Genehmigung abhängig ist. Auf diese Verleumdungsgeschichte stützen sich nun die Strafmandate. Das Gericht, dessen Urtheil angezweifelt worden war, sprach die Betreffenden jedoch Kostenlos frei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Aorbmacher! Da sich in der Gläubranche in der Umgegend Berlins schon wieder recht traurige Verhältnisse herausgebildet haben, beruft die Werkskontrollkommission zu heute Abend eine öffentliche Aorbmacher-Versammlung für die Bezirke Friedrichsberg-Lichtenberg ein, um diese Verhältnisse einer gründlichen Besprechung zu unterziehen. Wir ersuchen nun auch die Berliner Kollegen, diese Versammlung zu besuchen. Dieselbe tagt im Lokal Moser, Dorstr. 8, Lichtenberg.

Die Werkskontrollkommission.

N.B. Die gestrige gleichlautende Notiz war irrthümlicher Weise zum Abdruck gelangt; sie bezog sich auf die heutige Versammlung.

Achtung, Holzarbeiter! 15 Kollegen der Tischlerei von Mittsch, Barnimstr. 22, legten heute gemeinsam die Arbeit nieder. Herr Mittsch hatte mit demselben Lohn von 8 M. für einen Arbeitstag vereinbart. Nachdem aber die Gesellen bereits acht Tage mit der Herstellung solcher Tische beschäftigt sind, erklärt Herr Mittsch, nur 6,50 M. zahlen zu können, da er sich im Berechnen des Holzpreises verfaßelt habe. Alle Vorstellungen waren fruchtlos, der Unternehmer erklärte, daß er bei den Militärbehörden um Aufschub nachkommen werde und dann würde er schon Leute finden, die für obigen Lohn arbeiten. — Kollegen, sorgt dafür, daß sich diese seine Forderung nicht erfüllt.

Die Kommission.

Für die im Steinschlaggewerbe beschäftigten Kammer und die sonstigen (ungelehrten) Berufsge nossen ist in einer am 13. d. M. stattgefundenen Versammlung beschlossen worden, wieder eine besondere Filiale des Verbandes in Berlin zu errichten, nachdem der im Februar stattgehabte Verbandstag dieser Organisation seine prägnante Zustimmung dazu gegeben hat. Aus dem dem Vorschlag vorausgegangenem Referat des Genossen Strohl ergab sich, daß die Berliner Kammer im Gegensatz zu ihren Kollegen in den meisten Großstädten und sogar in einigen kleineren Städten am schlechtesten gestellt sind, sowohl in bezug auf den Lohn, als auch auf die Arbeitsleistung.

Ein internationaler Glasarbeiter-Kongreß soll nach einem Beschluß der Strauß-Nummelsburger Kongreßkommission im September in Berlin abgehalten werden.

Deutsches Reich.

Der Brandenburger Bauarbeiterstreik ist für vorläufig beendet erklärt. Die Forderungen werden jedoch in geeigneter Zeit wieder gestellt werden.

In Lübeck befinden sich jetzt insgesammt 1500 Bauarbeiter im Aufstand. Die Maurer und Zimmerer haben sich dem Streik angeschlossen, weil die Unternehmer es ablehnen, mit der Organisation der Bauarbeiter zu verhandeln und weil sie ohne die Bauarbeiter in ihrer Arbeit nicht vorwärts kommen können. Mit der Kommission der gelernten Arbeiter hat die Baugewerks-Zammung in diesem wie im vorigen Jahre Unterhandlungen gepflogen und auch diesmal war eine Einigung erzielt worden. Um so verwunderlicher ist die Weigerung der Zammung, nicht auch mit den Bauarbeitern zu unterhandeln. Sie thut es angeblich deswegen nicht, weil, wie sich die „Voll. Ztg.“ von dort berichten läßt, die Meister durch den Streik eingezwungen werden sollten, eine von sozialdemokratischen Agitatoren eingerichtete, den Zwecken sozialdemokratischer Propaganda dienende Organisation der Bauarbeiter (Handlanger) anzuerkennen und sich von dieser Organisation für alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Leistungsfähigkeit in gleicher Höhe geforderte Lohnsätze billigen zu lassen. — Dem ist entgegen zu halten, daß der Charakter der in betracht kommenden Organisationen ganz der gleiche ist. Das wissen auch die Meister. Es müssen daher wohl andere Gründe sein, die sie veranlassen, jetzt nicht entgegenkommender zu sein. Sie haben einen Aufreiß erlassen an alle diejenigen, welche Warten ausführen, daß man sie unterstützen.

Vom Hamburger Bäckerstreik. Der Arbeitgeber-Verband hat bekanntlich in allen bürgerlichen Blättern Hamburgs große

Inserate erlassen, worin die „Würger“ ausgerufen werden, zum „Streik-Abwehr-Fonds“ zu sammeln. Dazu wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Hamburg geschrieben: „Man hätte erwartet, in den Sonntags-„Zeitung“ Angaben über diejenigen Summen zu finden, welche auf den zu Anfang der Woche erlassenen Aufruf des Arbeitgeber-Verbandes behufs Beisteuer zum sogenannten Streik-Abwehr-Fonds eingegangen waren. Jedoch es herrschte tiefes Stillstehen, obwohl angeblich bedeutende Beträge bereits zusammengelommen sein sollen. Sei dem wie ihm wolle, das Sammel-Komitee wird wohl wissen, weshalb es den Umfang der ihm zugeflossenen Kampfmittel nicht veröffentlicht. Bei dieser Gelegenheit möge jedoch einmal auf einen anderen Umstand hingewiesen werden. Als zur Zeit des Hafenarbeiter-Aufstandes die Ausständigen Sammelbogen in die Häuser trugen behufs Erlangung von Beisteuern zu den Unterstützungsgeldern, hatte die Polizei nichts Gütigeres zu thun, als eifrig zuzugreifen und jede derartige Sammlung zu verbieten. Damals handelte es sich ja auch nur um die Arbeiter. Jetzt aber, da die Arbeitgeber seitengroße Aufäufe in allen hiesigen Zeitungen veröffentlichten und die ihnen befreundeten Kreise behufs Veranlassung der ausständigen Bäckergehilfen in Kontribution setzen, ist von irgend welchen Maßnahmen gegenüber diesen Sammlern nichts zu hören. Damals die Arbeiter, jetzt die Arbeitgeber — ja Bauer, das ist ganz was anderes! Von den Gegnern der Bäckergehilfen wird geltend gemacht, daß durch die Sammlungen im Hafenarbeiterstreik die Bewohner Hamburgs „belästigt“ worden seien, indem man ihnen die Sammelbogen ins Haus trug und dadurch einen Druck zur Beisteuer auf sie ausübte, jetzt aber vollziehe sich die Sache reinlich und ohne Verhinderung. Als ob seinerzeit die Hamburgischen nicht-sozialdemokratischen Zeitungen einem seitengroßen Sammel-Inserate zu gunsten der Arbeiter Aufnahme gewährt haben würden! Die Arbeiter waren damals, weil ein anderer Weg ihnen verschlossen war, einfach zur Kolportierung von Listen gezwungen. Die Form, in der die Sammlung sich vollzieht, kann deshalb auch garnicht in betracht kommen. Jeder beschreitet den ihm offenstehenden Weg, und daraus kann ihm kein Vergehen konstruirt werden, so lange solcher Weg den gesetzlichen Vorschriften nicht widerspricht.“

Die Former Düsseldorf haben über sämtliche Düsseldorf'sche Biehereten die Sperre verhängt. Grund dazu waren die Manipulationen der Meister, die schlimmer als die Bieheretendiebstahl von dem System der schwarzen Listen Gebrauch machen. Zugang ist streng ferngehalten. Unschonend wird die Reise-Unterstützung von den Organisationen entzogen. — In Burgsteinfurt sind die Former der Firma Dress und Spämann wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Die „Rhein-Weiß. Arb.-Ztg.“ bemerkt hierzu: Mit diesen Bewegungen scheint der Anfang gemacht zu sein zu einer Reihe von Kämpfen, die schon lange drohend am wirtschaftlichen Horizont standen und welche durch regeres Interesse für die Organisation vermindert worden wären. Bemerkung mag noch sein, daß auch die Unorganisirten ebenfalls an letzterem Ort für die Sperre stimmten, im Bewußtsein dessen, daß sie ebenso gut von den schwarzen Listen betroffen sind, wie die Organisirten.

Der Zimmererstreik in Dresden dauert fort, es arbeiten aber bereits ca. 600 Mann in 82 Geschäften zu den neuen Bedingungen, während sich die Zahl der Ausständigen auf 471 beläuft. Die Unternehmer suchen Streikbrecher aus Böhmen anzuwerben. Wie das Streikbureau mittheilt, geht ein in Arbeiterkreisen bekannter Genarmerte-Organisator in Arbeiterkreisen auf den Arbeitplätzen herum, sich als Zimmermann ausgebend. Was durch dieses Vorgehen bezweckt werden soll, ist sehr naheliegend. Die Arbeiter werden sich natürlich hüten, in die ihnen gestellte Falle zu gehen. Im übrigen scheint sich die Polizei, wie man uns aus Dresden schreibt, so offen, wie sie es anderwärts gethan hat, dort (wenigstens bis jetzt nicht) nicht in den Streik einzumischen zu wollen.

In Crimmitschau haben, der „Voll. Ztg.“ zufolge, sämtliche an der Wasserleitung und Kanalisation beschäftigten Arbeiter die Arbeit wegen Lohnherabsetzung niedergelegt.

Ausland.

Die Tabakarbeiter von Kopenhagen (die Verwaltungsstelle des dänischen Zentralverbandes) wenden sich an ihre deutschen Kollegen mit dem Ersuchen, bis auf weiteres den Zugang nach dort fernzuhalten, da dieselben mit den Fabrikanten wegen anderweitiger Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in Unterhandlungen stehen, deren Resultat noch nicht abzusehen ist. Ueber den Verlauf wird weitere Mittheilung erfolgen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ein Bäckerarbeiterverband in Rußland. Die jüdischen Arbeiter der verschiedenen Berufe in Westrußland organisiren sich schon seit einer Reihe von Jahren in geheimen Gewerkschaften. In den letzten zwei Jahren ist ein stetiges Wachstum der Mitgliederzahl der früher begründeten Gewerkschaften, wie auch eine stetige Bildung von Gewerkschaften in neuen Berufen zu verzeichnen. Vor kurzem ist nun auch die erste Gewerkschaftsorganisation in Rußland begründet worden, welche Arbeiter in mehrerer Ostsachsen umfaßt und zwar ist das der Verband, in welchem sich die organisirten Gewerkschaften Westrußlands zusammengeschlossen haben. Unter Vermittlung einer speziellen Prokurator über den neu gegründeten Verband, welche in der geheimen Druckerei des jüdischen Arbeiterbundes Rußlands und Polens hergestellt worden ist, wollen wir in kurzem einige Mittheilungen über die Entstehungsgeschichte dieses Verbandes machen.

Der Zusammenschluß der Arbeiter der Bäckermacher der verschiedenen Ostsachsen ist dadurch gefördert worden, daß diese Arbeiter ihre Arbeitsstellen häufig wechseln und dabei aus einer Stadt in die andere wandern. Im Jahre 1905 hat bereits die erste geheime Bäckermacher-Konferenz stattgefunden, welcher seitdem fünf weitere gefolgt sind. Die bei den gewerkschaftlichen Konsilien wiederholt zum Vorschein getretene Einheit der Bäckermacher veranlaßte die Unternehmer, ein Kartell zu gründen, dessen Mitglieder sich verpflichteten, eine bestimmte, gemeinsam festgesetzte Arbeitszeit in ihren Betrieben innezuhalten, einander bei Ausbruch von Streiks beizustehen und Arbeiter, welche von einem Mitgliede des Kartells entlassen worden sind, nicht in Arbeit zu nehmen. Die Verfolgungen, welchen die um Hebung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter nacheinander von den geeinigten Unternehmern und der ihnen stets bereitwillig zu Diensten stehenden Polizei ausgesetzt wurden, haben aber den agitatorischen Eifer der Arbeiter nur noch mehr angefeuert und auf der letzten, vor kurzer Zeit stattgefundenen Konferenz ist der alle organisirten Arbeiter dieses Berufes in Westrußland umfassende „Bäckermacher-Verband Litthauens und Polens“ konstituirert worden. Zur Verorgung der Geschäfte dieses Verbandes wurde ein Zentral-Komitee gewählt, welches unter anderem die Mitglieder mit Literatur zu versorgen hat. Ferner wurde beschlossen, daß der Verband sich dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund Rußlands und Polens anschließen. Interessant ist noch der von hochentwickeltesten Klassenbewußtsein zeugende Beschluß, in welchem sich die Konferenz dagegen ausgesprochen hat, daß die Arbeiter eine Beschränkung der Zahl der Lehrlinge fordern, „denn der Verband will nicht das Interesse der Bäckermacher allein wahrnehmen, sondern er kämpft für die gemeinsamen Interessen der gesamten Arbeiterklasse“. Dafür wurde beschlossen, mit allen Mitteln einzutreten für die Reduzierung der Arbeitszeit der minderjährigen Arbeiter auf das Minimum. Aus den Situationsberichten, welche der Konferenz erstattet worden sind, ist zu ersehen, daß 60 pCt. sämtlicher Bäckermacher Westrußlands organisiert sind. — In einigen Ostsachsen sind sämtliche Bäckermacher organisiert. Die Konferenz, auf welcher der Verband begründet worden ist, wurde geschlossen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Soziales.

Ueber die Geschäftstätigkeit der Schiedsgerichte der Arbeiter-Versicherung im letzten Rechnungsjahre veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ eine Uebersicht, aus der wir folgendes entnehmen: Bei den Schiedsgerichten für die gewerbliche Unfallversicherung waren 2128 Verurtheilungen anhängig.

von denen 17961 in 1630 Sitzungen erledigt wurden. Bei den Schiedsgerichten für die Land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung betrug die Zahl der anhängigen Verurteilungen 17208, die der Sitzungen 2231, die der erledigten Verurteilungen 14048. Wenig in Tätigkeit getreten sind die auf Grund des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes eingeführten Schiedsgerichte der durch dieses Gesetz für leistungsfähig erklärten Kommunalverbände u.; hier wurden 84 Verurteilungen anhängig, von denen 71 in 60 Sitzungen erledigt worden sind. Bei den Schiedsgerichten der Unfallversicherung für Reichs- und Staatsbetriebe betrug die Zahl der anhängigen Verurteilungen 1359, die der Sitzungen 221 und die der erledigten Verurteilungen 1116. Endlich wurden bei den Versicherungsanstalten der Stadt- und Landreise und den besonderen Kassenrichtungen, darunter vornehmlich der Pensionskasse für die Arbeiter der preussischen Staatsbahnen 20134 Verurteilungen anhängig, von denen in 2526 Sitzungen 16227 erledigt sind. Rechnet man alle Schiedsgerichte zusammen, so beträgt die Zahl der anhängig gewesenen Verurteilungen 60123; von ihnen sind 49423 in 6608 Sitzungen erledigt.

Ein gefährlicher Mensch. Der Dreher E. K. erhielt von dem Sicherheitsbehörden Ratsherrn bei Zeit folgendes Zeugnis ausgestellt:

Der Dreher
Eduard K. . . . von hier
hat vom 20. November 1897 bis 6. Juli 1898 bei mir in Arbeit gestanden, und bescheinige hiermit, daß er an diesem Tage böswillig ohne vorherige Kündigung seine Arbeit bei mir eingestellt hat, nachdem er schon monatelang vorher seine Mitarbeiter aufgereizt und aufgestachelt hat. Er steht in dem Rufe eines gefährlichen Sozialdemokraten.

Ratsherrn bei Zeit, den 7. Juli 1898.

Oswald Kunsch,
Spezial-Sicherheitsbeamter für Hartguth.

Leider sah sich der Herr gezwungen, ein anderes, den Befehlen entsprechendes Zeugnis auszustellen, so daß keine Garantie gegeben ist, daß der „gefährliche Sozialdemokrat“ anderwärts seine „aufreizende“ Thätigkeit nicht doch wieder aufnehmen wird.

Arbeitererfiskio. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der Stereotypie einer Dresdener Buchdruckerei. Ein dort beschäftigter 15jähriger Arbeiterbursche kam mit einem Ballon Benzol dem Schmelzofen zu nahe, so daß das Benzol explodirte und der ganze Raum im Nu in Flammen stand. Der Bursche wurde vom Maschinenmeister unter eigener Lebensgefahr noch lebend und bei voller Besinnung, aber schrecklich verstümmelt und verbrannt aus dem Rauche herausgeholt.

Ueber eine private Wohnungsbesichtigung in Straßburg. Die Sozialdemokratische Vereinigung von Elsaß-Lothringen Bericht erstatten. Es wurde in der betreffenden Versammlung speziell Vortrag gehalten über 420 kleine Wohnungen, die zwischen Metzgerstraße und Nikolauskaserne liegen und die zum großen Theil als dumpf, überfüllt und als viel zu klein für die betreffenden Familien bezeichnet werden mußten. In einem Hause mit 86 Wohnungen befindet sich kein Abort im Hause selbst. Familien mit vier bis sechs Kindern hausten in einem einzigen Zimmer und besaßen nur ein Bett. Dabei sind die Wohnungen auch noch so theuer, daß sie den Hausbesitzern 10 bis 15 pCt. Rente von ihren Häusern abwerfen.

In Raßau, wo ebenfalls große Wohnungsnoth herrscht, hat der Gemeinderath beschlossen, den Besitzern einjähriger Häuser pro laufenden Meter Front 60 M. Prämie zu gewähren, wenn sie Stadtwerte aufsetzen oder die alten Häuser durch mehrstöckige neue ersetzen. Man hofft, dadurch zur Verbesserung der Wohnungszustände beizutragen, was bei dem stetigen Wachsthum der Industrie und Arbeiterbevölkerung nothwendig ist, und hat daher die Absicht, die Prämien als eine gemeinnützige Ausgabe dem Reingewinn der Sparkasse zu entnehmen.

Gerichts-Beilage.

Wegen Gendarmenbeleidigung hatten sich der ehemalige verantwortliche Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Kurlisch, und der ehemalige Verantwortliche der „Breslauer Morgenzeitung“, Dr. Slowronnek, vor dem Breslauer Landgericht zu verantworten. Die Beleidigung sollte begangen sein durch den Abdruck eines Artikels aus dem „Niederösterreichischen Anzeiger“ in Ologan. Wegen dieses Artikels hatten sich der Redakteur genannten Blattes zusammen mit den Redakteuren von drei anderen Blättern schon vor längerer Zeit vor dem Landgericht in Lissa i. P., wosin sie der famose am bul ante G e r i c h t s s t a n d der Presse verweigert, zu verantworten und es erfolgte auch eine Verurteilung zu Geldstrafen von 50 bis 150 M. Vor dem Breslauer Landgericht nahm jedoch die Sache eine andere Wendung. In dem inkriminierten Artikel war gesagt, daß der Gendarmen-Oberwachtmeister Eisenblätter und der Gendarm Urban den Mällemelster Lindner aus Frankfurt i. P. bei dessen Verhaftung beschimpft und — namentlich sollte das Urban gewesen sein — mißhandelt haben. Der Verlechte war zusammengebrochen und dann in bösartigem Zustand nach dem Polizeigefängnis transportirt worden. Der Verwalter des Gefängnisses verweigerte die Aufnahme des Schwerverletzten, da ihm dieser, wie er sagte, in der Zelle sterben könne. Ein herbeigerufener Arzt verband und vernähte dann die Wunde und veranlaßte den Transport des Verletzten in das Krankenhaus.

Vor dem Militärgericht, welches infolge des Auffehens erregenden Artikels die Untersuchung gegen die beiden einleitete, erklärten diese, sie seien von dem Müller beleidigt und sodann sogar thätlich angegriffen worden. Das Verfahren gegen sie wurde eingestellt und, was das ja häufig zu gehen pflegt, die Zeitungs-Redakteure wegen Beleidigung angeklagt. Das Ergebnis der fünfständigen Verhandlung in Breslau nun mochte nicht nach Wunsch der Staatsanwaltschaft sein. Die Aussagen der Zeugen waren derart niederträchtig, insbesondere für den Gendarm Urban, daß dieser nicht mehr wagte, die unwahre Darstellung des Sachverhalts, wie er sie als Beschuldigter vor dem Militärgericht und später als Zeuge eidl ich auch vor dem Landgericht in Lissa gegeben, zu wiederholen. Auf die Erklärung des Vorsitzenden, daß er, Urban, seine Aussagen verweigern wolle, wenn er glaube, durch eine wahrheitsgemäße Aussage sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung auszusetzen, verweigerte Urban seine Aussage. Die Verhandlung ergab, daß Lindner, überhaupt ein ruhiger, solider, wenn auch etwas beschränkter Mann, am fraglichen Abend ganz nüchtern war, während Urban stark angegrünelt erschien. Ebenso wurde festgestellt, daß Urban den Lindner widerrechtlich verhaftete und denselben dann die schweren Verletzungen beibrachte und zwar, wenn nicht unter aktiver Theilnahme, so doch im Beisein und unter Billigung Eisenblätter's. Der Staatsanwalt beantragte dem auch die Freisprechung der beiden Angeklagten von der Anklage der Beleidigung, daß derselbe Lindner widerrechtlich arretrirt und schwer mißhandelt habe. Dagegen seien beide Angeklagte der Beleidigung des Oberwachtmeisters Eisenblätter schuldig, denn diesem hätte eine Theilnahme an den Ausschreitungen des Urban in keiner Weise nachgewiesen werden können. Der Staatsanwalt beantragte gegen Redakteur Dr. Slowronnek, der noch unbestraft ist, eine Geldstrafe von 50 M., gegen Kurlisch in Rücksicht auf dessen Vorstrafen eine Geldstrafe von 100 M.

Die Verteidiger beantragten Freisprechung, namentlich beanspruchten sie für ihre Klienten den Satz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen). Das Gericht kam nach längerer Beratung zu folgendem Urtheil. Es sei festgestellt, daß der Vorgang, soweit Urban in betracht komme, sich im wesentlichen so zugetragen habe, wie ihn die Zeugen dargestellt hätten. Allerdings trete der inkriminierte Artikel mit seinem Wortlaut über den Thatsachendatum

hinaus, aber das Gericht habe angenommen, daß jingemäß und im Kern der Sache doch die Darstellung auf bezüglich des Eisenblätter richtig sei. Dieser habe Veranlassung zu der Verhaftung gegeben und dem ganzen Vorfalle beigegeben; als Vorgesetzter des Urban habe er nun dabei die Pflicht gehabt, einzuschreiten und den Untergebenen an dem Exzeß zu verhindern. Es sei deshalb richtig, wenn der Artikel sage, daß die Säbelstiche von beiden Sicherheitsbeamten ausgegangen seien — nämlich in dem Sinne, daß beide verantwortlich zu machen seien für die Mißhandlungen. Im übrigen habe das Gericht bezüglich des ersten Artikels eventuell den § 193 für anwendbar erachtet; dergleichen Vorfälle berührten die allgemeine Sicherheit, und mindestens sei in subjektiver Hinsicht die Anwendung des § 193 berechtigt auf Grund der Annahme, daß beide Angeklagte des Glaubens waren, durch die Veröffentlichung des Vorfalles ein berechtigtes Interesse zu wahren. Das Urtheil lautete wegen des aus dem „Niederöstr. Anz.“ übernommenen Berichtes auf Freisprechung beider Angeklagter.

Nach dem Bericht gewinnt man den Eindruck, als ob es nunmehr zu einer Reinevidenzanfrage gegen den Gendarm kommen wird.

Milde Bekrafung eines Gewerbevergehens. Eine unvorsichtige Handlung hat dem Schneidermeister Otto Harting eine Anklage wegen Bestrafung angezogen, welche gestern zugleich mit einer Uebertretung gegen das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe vor der ersten Ferienkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Harting hatte am Charfreitag die Erlaubnis erhalten, bis 12 Uhr mittags arbeiten zu lassen. Bald nach 12 Uhr erschien ein Kriminalbeamter, um sich zu überzeugen, ob der Angeklagte auch die vorgeschriebene Frist inne halte. Er fand in der Werkstatt noch ein stark geschäftiges Treiben. Der Meister glaubte, daß der Beamte von der Erlaubnis einer Anzeigebüro nehmen würde, wenn derselbe ein Trinkgeld erhielt. Der Angeklagte drückte demselben deshalb ein Markstück in die Hand. Der Verweigerer nahm es an, und er ersattete nun zwei Anzeigen. Im Termine verurtheilte der Angeklagte, daß es ihm fern gelegen habe, den Beamten beleidigen zu wollen, allerdings habe er gehofft, daß derselbe ein Auge zudrücken würde und dies auch thäte. Der Gerichtshof beurtheilte den Fall milde, er wurde wegen des Vergehens zu 20 und wegen der Uebertretung zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt. Ein neuer Beweis für die Nichtigkeit der von den Gewerbeinspektoren erhobenen Klage, daß die milden Befrafungen solcher Unternehmer, welche der Gewerbeordnung zuwider handeln, kaum im Hande sind, die Profitwüthigkeit von weiteren Uebertretungen abzuwehren.

Der Prozeß Kiefer ist gestern zu Ende gekommen. Die aus Bonn berichtet wird, endeten die Verhandlungen gegen den Schuhmann Kiefer mit der Verurtheilung Kiefer's wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 100 M. Geldstrafe, sowie Tragung der Kosten, die der Nebenklägerin erwachsen sind. Der Staatsanwalt beantragte wieder wie in Köln die Freisprechung unter Hinweis darauf, daß Kiefer disziplinär, nicht gerichtlich zu bestrafen sei. Der Criminaldolus sei nie so ganz unverständlich. Es müsse mit größter Vorsicht geprüft werden, ob er vorhanden sei. Dieser, im Prozeß Nieblich z. B. sehr angebracht gewesenen Rücksicht sagte sich das Gericht nicht und sprach, wie schon bemerkt, die Verurtheilung aus. Da die Verhandlungen über den Thatsachendatum so skandalösen Falles genau dasselbe Bild ergaben, wie in Köln, so glauben wir, auf eine Wiedergabe der Einzelheiten jetzt verzichten zu dürfen.

Der unter der Aufschuldigung des Verbrechens wider das feindliche Leben erneut in Untersuchungshaft genommene praktische Arzt Dr. Gens aus der Neuen Königstraße hat gegen die Verhaftung Beschwerde erhoben; letztere ist jedoch nunmehr von dem Kammergericht mit Rücksicht auf die zu erwartende Höhe der Strafe abgewiesen worden. Der Angeklagte muß daher bis zum Verhandlungstage in Untersuchungshaft bleiben. Die Verhandlung selbst, welche nach der Strafprozess-Ordnung vor das Schwurgericht gehört, findet aus letzterem Grunde erst nach den Ferien statt und zieht man ihn in ärztlichen Kreisen mit begründeter Spannung entgegen. Dr. G. bestreitet ebenso wie in den bereits früher gegen ihn anhängig gemachten Untersuchungen seine Schuld und behauptet, ein Opfer seines Berufes geworden zu sein, da er nur streng ärztliche Dienste geleistet habe.

Mit der kostenlosen Freisprechung endete am Mittwoch vor dem Igl. Schwurgericht zu Spandau ein gegen die Zimmerer Schulz und Grün anhängig gemachter Prozeß wegen „grobem Unfugs“. Diesen sollen die beiden Zimmerer dadurch verübt haben, daß sie eines Tages während des diesjährigen Zimmererstreiks bei Mählig Streikposten standen. Die Angeklagten bestritten dies jedoch mit aller Entschiedenheit und führten an, daß sie an jenem Tage nur deshalb an dem Hauptplatze vorbeigegangen wären, weil sie eben ganz in der Nähe desselben wohnen. Dies konnte von den Belastungszeugen nicht widerlegt werden, diese konnten auch nicht im geringsten die Befestigung des breiten Publikums und auch nicht irgend welcher „Arbeitswüthiger“ aus eigener Wissenschaft bezeugen. Das Gericht kam deshalb zu einem freisprechenden Erkenntnis.

Versammlungen.

Mit dem Märzdenkmale, bezw. mit der die Kranziederlegung betreffenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes, beschäftigte sich Donnerstag Abend eine von Komitee für das Märzdenkmal nach Genes, Invalidenstr. 10, einberufene, sehr gut besuchte Versammlung. Schriftsteller Heins Krieger stellte eingangs seines Vortrages in Aussicht, daß das Komitee eine Schadenersatzklage gegen den Polizeipräsidenten von Oppeln wegen der zu Unrecht erfolgten Beschuldigung der Denkmalschmucklisten und der daraus resultirenden Einbußen an Geld und Zeit (gerichtliche Vernehmungen) anstellen werde. Alsdann erfolgte eine herbe Kritik des Oberverwaltungsgerichtes Erkenntnisses, wobei Redner an drastischen Beispielen die Unhaltbarkeit des aufgestellten Grundgesetzes von der „Sittlichkeit jeder Staatsverfassung“ beleuchtete. Stürmischen Beifall riefen die Ausführungen des Redners hervor, die sich auf jenen Punkt des Erkenntnisses bezogen, daß der Magistrat nur über Dinge lokalen Charakters zu befinden habe. Wollte Berlin als preussische Hauptstadt wie bisher, so auch in Zukunft bei vaterländischen Festen, Festschmucklisten u. dergleichen politischen Nachkommen, käme logischerweise der Magistrat in Konflikt mit der Aufsichtsbehörde. Die Drohung mit einer Verlegung der Festung müsse mit Heiterkeit aufgenommen werden, da man den Potsdamern das „Jahnen“ eben so gern überlassen würde, wie den Paradedimmlern den Spaziergang dorthin. (Heiterkeit.) Zur Denkmalsfrage äußerte sich Redner dahin, daß dasselbe sicher auf dem dazu bestimmten Plage stünde, wenn der Magistrat den Dankstein dem Komitee entgegengenommen und dieselbe Eile in dieser Angelegenheit bekundet hätte, wie seinerzeit Dr. Langerhans bei der Vereinbarde. Auch heute sei die Aufstellung des Denksteins durchführbar, sobald der Magistrat dem Komitee die verlangten 2 Quadratmeter Fläche auf dem Friedhofe Friedrichshagen zur Verfügung stelle. Für die Aufstellung selbst würde trotz Polizei dann schon gesorgt werden. Die Sache sei übrigens im besten Flusse, denn die Faktion der neuen Linken werde in ihrer ersten Fraktionsstimmung nach den Ferien sich mit der Ueberlassung von 2 Quadratmetern beschäftigen und einen dahinzielenden Antrag an den Magistrat stellen. — Nach einer längeren Debatte, an der sich hauptsächlich Dr. Rosen und Dr. Cohn beteiligten, gelangte folgender Beschlusstratrag zur Annahme mit allen gegen 5 Stimmen: „Die heute, am 14. Juli 1898 bei dieser tagende zahlreich besuchte Volksversammlung erachtet die Stadtverordneten, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dem Denkmalkomitee die von demselben erbetenen 2 Quadratmeter Fläche auf dem Friedhofe der Märzgefallenen zur Aufstellung eines Denksteins überlassen werden.“

Eine Generalversammlung der Freien Volksbühne nahm am Mittwoch in den Arminalhallen den Geschäftsbericht über das

letzte Vierteljahr entgegen. Der Vorsitzende, Dr. Konrad Schmidt erklärte, daß auch mit dem neuen Direktor des Lessingtheaters, Herrn Otto Reumann-Hofer, ein Vertrag abgeschlossen sei, der ihn verpflichtet, 4 Vorstellungen zu fünf Abtheilungen und die weiteren zu sechs Abtheilungen zu liefern. Für jede Vorstellung erhält er 850 Mark. Vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater wird im nächsten Frühjahr nur der Theaterraum, das technische Personal und die Künstler, soweit sie geeignet erscheinen, genommen. Um den oft gerügten Mängeln abzuwehren, sollen mehr Gäste herangezogen und ein eigener Regisseur angestellt werden, mit dem noch die Verhandlungen schweben. Da dies eine erhebliche Ausgabe veranlaßt, auch das Programmheft vom Verein selbst herausgegeben werden muß, da der Verleger den Vertrag gelöst hat, beantragt der Vorstand, den Beitrag von 60 auf 65 Pf. zu erhöhen. Der Vorsitzende erklärte ferner, daß Dr. Franz Wehring sein Amt als Ausschußmitglied niedergelegt hat und aus dem Verein ausgeschieden ist. Das Mitglied Herr Naack ist dagegen in den Ausschuß gezogen worden. Der Kassirer Winkler gab hierauf seinen Kassenbericht. Am 1. April war der Bestand 1985,50 M.; der Monat April brachte an Beiträgen 4151,50 M., Mai 3050,40 M., Juni 2731,20 M. Extra wurden eingenommen: von Mitgliedern 14,20 M., von Nichtmitgliedern 118,20 M., aus dem Programmhefte 575,24 M. Die gesammte Einnahme betrug 11809 M. Ausgegeben wurden für die Vorstellungen (außer Nebenunkosten) im April 2750, im Mai 4000, im Juni 2250 M.; Gastspiel-Honorare 900 M. Die Verwaltungskosten stellten sich auf 766,55 M., sodas die Ausgaben mit dem Vorlo und sonstigen Posten 10739,84 M. betragen. Es bleibt ein Bestand von 1069,64 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassirer Decharge erteilt. In der folgenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Theatermieten immer theurer, und auch bessere Darstellungen verlangt werden. Ferner könne die fünfte Abtheilung nicht längerhand aufgehoben werden. Außerdem ließe sich ohne ständiges Geld nichts unternehmen; auch sei es unmöglich, wie angeregt, Kasse und Regie von einer Hand verwalten zu lassen. Da gute Schauspieler sehr knapp seien, richte sich ihr Honorar nach diesem Angebot. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag auf Erhöhung des Beitrages angenommen. Damit wurden die Inkarten vieler Mitglieder, wie Jasparkommen u. s. w. gerügt. Nachdem entspiant sich eine längere Diskussion über Dr. Franz Wehring's Austritt aus der Freien Volksbühne. Es wird das um so mehr bedauert, als Herr Wehring sich große Verdienste um die Volksbühne, namentlich bei ihrer Gründung erworben habe. Darauf wird die Versammlung geschlossen.

In der Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlin sprach am 10. d. M. der Genosse Heinrich Wolff über die Form der Organisation. Nach dem Vortrag nahm die Versammlung die Abrechnung vom II. Quartal 1898 entgegen, dieselbe ergab einen Bestand von 125,85 M. Der Kassirer wurde entlastet. Unter Vereinsangelegenheiten bewilligte die Versammlung 10 M. für Agitation der Bauarbeiter.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Juli, vormittags 9 Uhr im großen Saal der Berliner Kesselfabrik, Kommandantenstraße 57: „Versammlung, Freireligiöse Versammlung“. Um 11 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Befreiung des Volkes“. **Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Westarbeiter** (C. S. 29, Hamburg) Filiale Berlin 2. Montag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Wärtischen Hof, Mittelstr. 18 c. — Filiale Berlin 3. Mitglieder-Versammlung. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Dantestrasse 47. — Filiale Berlin 4. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Frau Wille, Androaderstr. 20. — Filiale Berlin 5. Heute, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Kaplin, Voßtr. 68. — Filiale Rixdorf. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Preßler, Ziegenstr. 69.

Der Krieg.

Santiago hat kapitulirt. So konnten wir schon gestern kurz melden. Heute liegen folgende noch dürftige Nachrichten über die Kapitulation vor: Nach Meldungen General Schafter's beträgt die Zahl der bei der Kapitulation Santiago's gefangenen genommener Spanier zwischen 12000 und 15000. Das Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten' beabsichtigt, die Dampfergesellschaften zu Angeboten für die Beförderung dieser Gefangenen nach Spanien aufzufordern. Die Spanier erhalten nämlich Abzug mit allen kriegerischen Ehren und werden sofort nach Spanien zurückgeschafft werden.

800 spanische Kriegsgefangene sind in Portsmouth (New Hampshire) an Bord der „Harvard“ eingetroffen; fast die Hälfte derselben ist am gelben Fieber erkrankt; unter diesen befinden sich 50 Schwerekrankte; sieben Mann sind unterwegs gestorben. In den Vereinigten Staaten rief die Kunde von der Kapitulation große Freude hervor. General Schafter wurde zum Gouverneur von Ost-Kuba, General Garcia zum Kommandanten von Santiago ernannt. Die vor Santiago zusammengezogenen Truppen sollen jetzt nach Portorico eingeschifft werden.

Watson's Flotte. Aus Santiago wird gemeldet: Bei dem hier liegenden amerikanischen Geschwader ist der Befehl eingelaufen, daß alle hiesigen schweren Kriegsschiffe zur Flotte des Kommodore Watson stoßen sollen, welche gegen die spanischen Küsten vorgehen soll.

In Spanien hat man von der Trauerhochzeit der Kapitulation Santiago's innere Unruhen gefürchtet. Ein Madrider Telegramm meldet:

Ein im Amtsblatt veröffentlichtes Dekret hebt alle in der Verfassung der Monarchie enthaltenen persönlichen Rechte zeitweilig auf. Die Regierung wird dem Parlament von dem Gebrauch, den sie von dieser Maßnahme machen wird, Rechenschaft geben.

Die Friedensstimmung nimmt zu. Die „Agencia Fabra“ depeßirt aus Madrid: Die dem Frieden günstige Stimmung wird hier stärker. Die öffentliche Meinung würde es gern sehen, wenn die Mächte für Wiederherstellung des Friedens thätig wären. Jedoch hat Frankreich, entgegen den im Umlauf gesetzten Gerüchten, nach dieser Richtung hin nicht die Initiative ergriffen.

Der Minister des Innern äußerte sich dahin, er könne nicht in Abrede stellen, daß mehrere Minister für den Friedensschluß wären. Indessen sei eine Lösung der Frage schwierig.

Der Kriegsminister erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter, der Friede sei unter folgenden Bedingungen möglich: Den Kubanern wird auf dem Wege der Volksabstimmung die Entscheidung darüber gelassen, ob sie Unabhängigkeit oder Autonomie unter spanischer Oberherrschaft wollen. Einer Abtretung Portorico's widersetzt sich der Kriegsminister. Vertreter der Philippinen hat die Regierung einen Plan, der nicht nur Spanien den Besitz derselben sichert, sondern auch die in normalen Zeiten herrschende Ruhe wiederherstellen wird.

Amerikanische Friedensbedingungen. Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus Washington versichern dortige höhere Regierungsbeamte, der Präsident Mac Kinley wünsche nicht, die Philippinen zu behalten, sondern werde sich mit der Ladronen-Insel Guam und einer Kohlenstation begnügen, vorausgesetzt, daß Spanien Kuba unabhängig mache und Portorico räume. Mac Kinley gedente keine Kriegserklärung zu fordern, weil er glaube, daß Spanien eher den Krieg forsetzen, als sich mit weiteren Verpflichtungen belasten würde. Die Regierung beabsichtige nicht, jetzt Santiago der Kontrolle der Kubaner zu unterstellen. Es solle vielmehr das übergebene Territorium bis zur endgültigen Räumung Kuba's durch die Spanier in der Gewalt der amerikanischen Land- und Seestreitkräfte bleiben. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

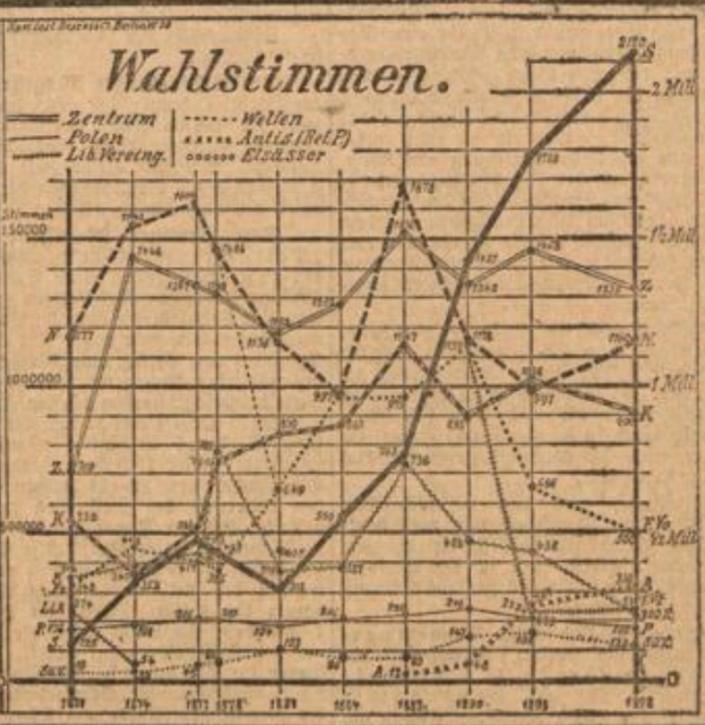
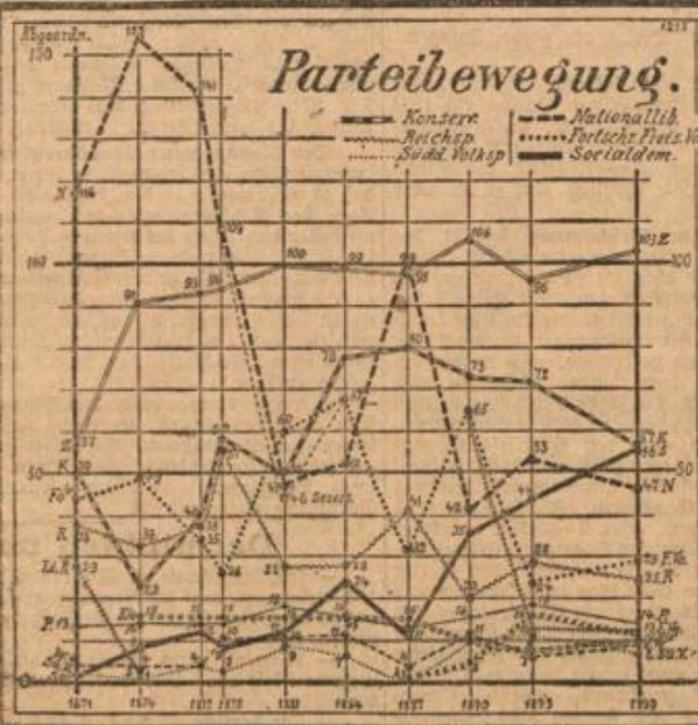
Wien, 15. Juli. (W. T. Z.) Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten Grafen Thun mit den Vertretern des verfassungstreuen Großgrundbesitzes wurden heute Nachmittag beendet. Ein Communiqué dürfte heute Abend veröffentlicht werden.

Jara, 15. Juli. (W. T. Z.) Vorgestern wurden in Trifj abermals zwei starke und zwei leichtere Erbstöße verpührt.

Reichstagswahl-Statistik 1871-1898.

Kurz nach der Reichstagswahl ist es von Interesse, einen Ueberblick über den Verlauf der Wahlbewegung und die Wahlergebnisse seit Bestehen des Reichstages, also vom Jahre 1871 bis jetzt, zu gewinnen.

In der linken Hälfte sind von 1871-1898 die Parteien nach der Zahl ihrer Abgeordneten aufgeführt und durch besondere, verschiedenartige Signaturen gekennzeichnet.



Die Sozialdemokraten (S) mit 2, 9, 12, 9, 12, 24, 11, 35, 44 und 50 Mitgliedern.

Die Antisemiten (A) (Reformpartei) seit 1887 auftretend mit 1, 5, 16 und 12 Mitgliedern.

Die Fraktionslosen sind, weil an Zahl unwesentlich, in der graphischen Zeichnung nicht mit eingezeichnet.

Alle einzelnen Fraktionen kann man, an der Randlinie links beginnend, durch alle Wahlperioden hindurch genau verfolgen, wenn man die Signatur einer Fraktion (s. d. Zeichenerklärung oben in der Zeichnung) im Auge behält.

In gleicher Art ist in der graphischen Tabelle rechts

Die Konservativen (K) mit 50, 22, 40, 59, 50, 78, 80, 73, 72 und 57 Mitgliedern. Die Reichspartei (R) mit 38, 33, 38, 57, 28, 28, 41, 20, 28 und 25. Die Nationalliberalen (N) mit 116, 155, 141, 109, 47, 51, 99, 42, 53 und 47.

Einer liberalen Reichspartei (LiR) ist noch zu gedenken, die im Jahre 1871, bei der ersten Wahl 29, und 1874 nur 3 Mitglieder erhielt, inzwischen aus der Reihe der Fraktionen verschwunden ist. Das Zentrum (Z) mit 57, 91, 93, 94, 100, 99, 98, 106, 96 und 103 Mitgliedern.

die Anzahl der für die einzelnen politischen Parteien abgegebenen Stimmen zur Anschauung gebracht. Die horizontalen Linien bezeichnen dort die Stimmenzahlen von 100 000 zu 100 000, die senkrechten Linien wiederum die Wahljahre.

Lokales.

Eine öffentliche Versammlung findet heute, Sonnabend, im Feen-Palast statt; es wird dort Genosse Wilhelm Liebknecht über: „Die Stellung der Akademiker zum Sozialismus und in der Sozialdemokratie“ sprechen.

Die Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden erachtet, in der Versammlung, welche der Wahlverein am Montag Abend 8 1/2 Uhr bei Miegel, Stralauerstr. 57, abhält, zahlreich zu erscheinen.

Arbeiter-Vorbereitungsschule. Wir machen die Mitglieder nochmals auf den morgen, Sonntag, den 17. Juli, stattfindenden Familien-Ausflug nach Wiclowen aufmerksam.

Getreidehandlung. In der heutigen Sitzung der Gesellschaft wurde beschlossen, das Grundstück Erelufer 15 käuflich zu erwerben.

Die Ausbeutung der Schulkinder, welche von den Vätern meistens zum Protztragen benutzt werden, schildert eine Zuschrift, die wir von einer Arbeiterfrau aus dem Norden erhalten, mit packender Anschaulichkeit.

Schlafal mitten im Monat, weil es ihm nicht gelingen wollte, die sämtlichen 18 Deutel, die er auf einmal für solche Kunden erhielt, welche bis 6 Uhr bedient sein wollten, pünktlich drei oder vier Treppen hoch abzuliefern.

Diese Illustration der göttlichen Weltordnung spricht für sich selbst; es ist überflüssig, noch ein Wort hinzuzufügen.

In der Angelegenheit der Müllabfuhr hatte vor kurzem der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine an den Regierungspräsidenten zu Potsdam die Bitte gerichtet, die von ihm erlassene Polizeiverordnung betreffs der Fortschaffung und Ablagerung des Berliner Mülls nicht schon am 1. Oktober d. J., sondern erst später in Kraft treten zu lassen.

Im Viktoriapark sind jetzt die ungefähr einen Meter hohen und ebenso breiten Holzhäuser, in denen sich die Scheinwerfer für die elektrische Beleuchtung des Wassersturzes befinden, weil sie den Eindruck der Natürlichkeit des Sturzes und seiner Umgebung etwas beeinträchtigen.

Ein Dachstuhlbrand auf einem Neubau in der Hasenheide veranlaßte Freitag früh 8 Uhr die Alarmierung eines beträchtlichen Heiles der Berliner Wehr.

Vor holländischen Mädchenhändlern wird in verschiedenen Artistenblättern aufs eindringlichste gewarnt. Direktoren holländischer Spezialitätenlokale niedriger Ordnung suchen in letzter Zeit durch Inserate in deutschen Blättern sowie durch besondere Agenten junge Mädchen als „Chansonnetten“, „Lanzettinnen“ und dergleichen nach Amsterdam zu locken.

Das Kupplerwerk, über dessen Aufhebung durch die Polizei wir berichtet, war eine Lasterhöhle schlimmster Sorte. In der Nachbarschaft erzählt man sich die tollsten Dinge über das Treiben, welches zur Tages- und Nachtzeit dort herrschte.

verwahrloste Mädchen im Alter von 15 und 16 1/2 Jahren, in Gesellschaft zweier mehr als zweifelhaften Individuen in einer schamlosen Situation vor. Die beiden Wassermann'schen Gestalten ergriffen schleunigst die Flucht, während man die Mädchen, denen man ihr jugendliches Alter auf den ersten Blick an sah, nach dem nächsten Polizeirevier brachte.

Rechtswischer scheint es mit dem Schutze des Eigentums selbst, im Polizeirevier nicht im besten Zustande zu sein. Ein Berichterstatter meldet, daß der in der Weidenallee 86 wohnende Kaufmann J. dieser Tage auf dem Wege zu seinem in Moabit wohnenden Schneider ein Stück Stoff verloren hatte.

Gegen den mutmaßlichen Mörder der Bertha Singer, den Juhälter Hugo Guttmann, ist die Voruntersuchung eröffnet worden. Er bleibt beim Leugnen und erklärt, sein Alibi nachweisen zu können.

Eine Bengin-Explosion ereignete sich Freitag Abend im Kellerlager der Firma Otto Kuhner, Blumenstr. 80/81. Es lag die Gefahr des Uebergreifens des entstandenen Brandes auf die übrigen in demselben Keller lagernden Brennstoffe vor, was dem ganzen Hause verhängnisvoll geworden wäre.

Unfall oder Selbstmordversuch? Durch laute Hilferufe wurden vorgestern, Donnerstag, Abend um 9 1/4 Uhr, die Bewohner des Hauses Steinmetzstr. 39 erschreckt. Das Geschrei, mit dem ein Polster und Boden verbunden war, kam aus der Wohnung des Hantelwebers Karl Grohnwald, der seit 1 1/2 Monaten bei dem Arbeiter-Tour in Ouergebäude eine Stube inne hatte.

Unfälle im Straßenverkehr. Am Donnerstag Vormittag wurde in der Brunnenstraße der Knabe Otto Frieske von dem Maler Wilh. Placide mit dem Zweirad überfahren und am Kopfe nicht unerheblich verletzt. Die Schuld an dem Unfall trifft den Radfahrer, der die Füße auf die am Vordergestell angebrachten Fußstütze gesetzt hatte und die abschüssige Brunnenstraße schnell hinabfuhr. — Vor dem Hause an der Schillingstraße 1 stieß ein übermäßig schnell fahrender, von dem Kutscher Karl Bogus geführter Kollwagen gegen den Wagen des Fuhrherrs Felix Kleinmann aus der Fruchtstraße. Durch den Anprall stürzte letzterer von seinem Wagen herab und erlitt Verletzungen am rechten Bein. — Am nachmittags der Arbeiter Rudolf Dornke auf einem Zweirad die Vorkantstraße entlang fuhr, wurde er von dem Pferde einer ihm entgegenkommenden Droische umgestoßen und von dem Vorderende des Wagens über die Brust und die rechte Seite gefahren. — Vor dem Hause Neue Königsstr. 2 wurde der Arbeiter Ferdinand Waltrauf von einem Geschäftswagen umgestoßen und mit dem Kopfe auf das Trittbrett einer dort haltenden Droische geschleudert. Er erlitt außer einer Quetschung der Brust eine erhebliche Verletzung am Kopfe. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der Unfallstation wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — In der Strausbergerstraße wurde das Pferd einer auf dem Halteplatze vor dem Hause Nr. 22 stehenden Droische über und ging durch. Bei dem Versuche, das Thier aufzuhalten, stürzte der Telephonarbeiter Hermann Jähndorf hin und trug eine schwere Verletzung an der Hand sowie eine Verstauchung der Schulter davon.

Vermischt wird seit vierzehn Tagen der 24jährige Buchhalter Adolf Schmidt, der bei seinem Vater, dem Schneidemeister Schmidt in der Admiralsstraße 23 wohnte. Der junge Mann ging am 2. d. M. von Hause weg, um sich in das Geschäft zu begeben, ist aber dort nicht angekommen und hat nichts mehr von sich hören lassen. Der Vermisste ist mittelgroß und blond und trägt ein dunkles Jacket, helle Weinschleier, einen Strohhut und Zugschleier. Auf der linken Wade hat er einen rothen Fleck.

In der Urania (Taubenstraße) wird das wissenschaftliche Ausstattungsstück „Vom Mitterhorn zur Jungfrau“ nur noch heute und morgen (Sonntag) vor den Ferien zur Aufführung gelangen. Am letzten Tage (Sonntag) werden überdies noch in den Brütöfen künstlich ererbete Nisthöhlen ausgestellt. Vom 13. Juli bis 6. August bleibt die Urania, Taubenstraße, geschlossen.

Feuerbericht. Donnerstag abends 9 Uhr mußte Demminerstraße 36 ein Zimmerbrand abgelöscht werden. Freitag früh erfolgte Alarm nach Königsbergerstraße 15, Michaelstr. 1, Danzigerstraße 25 und Hausvogtei-Platz 1, die aber theils auf blinder Alarm, theils auf Unfug am Melder zurückzuführen waren. Kurz nach 8 Uhr brannte Dorfstraße 62 ein Materialwaarenladen aus.

Aus den Nachbarorten. Wir theilen hierdurch mit, daß das Lokal Carl-Restaurant Besend (früher Klubhaus) von jetzt ab freigegeben ist. Die Lokal-Kommission. J. A. B. Liedtke.

Schöneberg. Der Arbeiter-Bildungsverein feiert Sonntag sein achttes Stiftungsfest in Klingenberg's Volksgarten in Wilmersdorf durch Gartenkonzert, Gesangsvorträge und Ball. Bei ungünstiger Witterung findet selbstverständlich die Feier im Saale statt. — Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Objt. Garmelwahrstr. 110, eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, in welcher Genosse Joh. Sassenbach einen Vortrag über das neue Zimmengesetz halten wird. In dieser Versammlung haben Gäste Zutritt und werden Neuanmeldungen gern entgegengenommen.

Hummelsburg. Für die beim Bau des Wasserthurms in Hummelsburg verunglückten Arbeiter findet morgen, Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Wiechsmid ein von den Parteigenossen am Orte veranstaltetes Wohlthätigkeitsfest statt. Das Privatfest, welches Herr Wiechsmid arrangirt hatte, fällt daher aus. Alles Nähere besagt der Sänftenanhang. Der Vertrauensmann.

Ein komisches Stück Lokalpatriotismus wird in Charlottenburg verfaßt. Dort ist dieser Tage unter dem Titel „Mein Charlottenburg“ ein „praktisches Verkehrsbuch“ zum Preise von 10 Pf. herausgegeben worden, welches die Apotheose der Charlottenburger

Geschäftsleute zum Zweck hat. Ein Aufruf an der Spitze des Buches schließt:

„Mit aller Energie wollen wir alle doch danach streben, der heimischen Industrie fördern zur Seite zu stehen, indem wir den gewerblichen Bedarf nur hier in Charlottenburg decken. Es ist eine hohe, lokalpatriotische Pflicht, die sich jeder rechtlich Denkende auferlegen muß, und von deren Erfüllung das Wohl unserer Geschäftswelt abhängig ist. Charlottenburger, kauft nur in Charlottenburg!“ das sei unser Bann, und segensreich wird unsere Industrie sich entwickeln, in schneller Entfaltung werden dann Verkehr und Handel mit der architektonischen Schönheit unserer Stadt gleichen Schritt halten.“

Könnte nicht der Kaufverehr mit Berlin als grober Unfug bestraft werden?

Der Schöneberger Magistrat giebt bekannt, daß auf Grund der Städte-Ordnung die Liste der stimmungsfähigen Bürger für 1898 vom 15. bis 30. Juli, werktäglich von 8—3 Uhr, im Feuerwehrgelände, Feuerstr. 63/64, Portal II, 3 Treppen, Zimmer 23, öffentlich ausliegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste schriftlich oder zu Protokoll dazselbst Einwendungen erheben.

Dem Berliner Magistrat zur Beschämung schreibt das „Teltover Kreisblatt“: „Das Teltover Kreisblatt“ brachte vor zirka einem Jahre einen Bericht über die Kinderarbeit auf den Berliner städtischen Kieselsteinwerken zu Groß-Beeren. Die Folge davon war eine Verhandlung über die Angelegenheit in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Bei dieser Gelegenheit versprach der Magistrat von Berlin, eine Verfügung zu erlassen, nach welcher auf den städtischen Kieselsteinwerken Kinder unter elf Jahren nicht mehr beschäftigt werden dürften. Ist eine solche Verfügung in Kraft getreten? Oder vielleicht nur für Groß-Beeren? Die Gutsverwaltung Osdorf beschäftigt nämlich auf den Kieselsteinwerken nicht nur Kinder unter 11 Jahren, sondern sogar solche unter zehn Jahren! Die Kinder von 12—14 Jahren besuchen Dienstags resp. Freitags den Unterricht des Geistlichen in Gr.-Beeren. Für solch ein Kind gestaltet sich der Tag folgendermaßen: Von 7—10 Uhr besucht es die Schule zu Heinersdorf. (Die Kinder von Osdorf und Friederichshof haben bis dahin einen Weg von 20—30 Minuten.) Um 11 Uhr beginnt der Religionsunterricht beim Geistlichen in Gr.-Beeren und dauert bis 1 Uhr. (Weg von Heinersdorf bis Gr.-Beeren ¼ bis 1 Stunde.) Um 2 Uhr gehen die Kinder in Osdorf und Heinersdorf auf den Kieselsteinwerken zur Arbeit. Wann essen die Kinder an diesen Tagen ihr Mittagbrot? Die Kinderarbeit dauert bis abends 8 Uhr. Wann werden nun die „Schularbeiten“ gemacht und — wie? — Können die betreffenden Kinder am Dienstag resp. Freitag nicht wenigstens freigelassen werden? Wenn die Eltern auch nicht gezwungen werden, ihre Kinder auf Arbeit zu schicken, also auch Dienstags resp. Freitags nicht, so müßte doch hier eine höhere Einsicht obwalten; denn die Leute verstehen es eben nicht, was der körperlichen und geistigen Entwicklung ihrer Kinder frommt. — Es wäre doch sehr einfach, wenn die Gutsverwaltung Osdorf sich an die Schulbehörde wendete, um von dieser diejenigen Kinder zu erfahren, welche unbeschadet ihrer Entwicklung mit Kinderarbeit beschäftigt werden dürften! — Wir hoffen, daß vorstehende Zeilen genügen werden, um den Berliner Magistrat zur Abhilfe dieser bedauerlichen Zustände zu veranlassen. Es liegt das im Interesse des Ansehens der städtischen Behörden Berlins, im Interesse der Schule und im Interesse der Kinder und ihrer Eltern!“

Ueber die Errichtung einer Rettungsgesellschaft in Schöneberg sprach am Donnerstag Abend im großen Saale des „Schwarzen Adlers“ der Begründer der Berliner Rettungsgesellschaft, Professor Dr. v. Bergmann.

Die Versammlung nahm nach dem Vortrage folgende Erklärung an: „Die am heutigen Abend im „Schwarzen Adler“ zahlreich versammelten Schöneberger Bürger drücken der Berliner Rettungsgesellschaft und deren gemeinnützigen Bestrebungen die wärmste Sympathie aus, begrüßen die demnachstige Begründung einer Rettungswache in Schöneberg auf das lebhafteste und sind entschlossen, sie nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.“

Die Aufschreibung der Wahl des Ersten Bürgermeisters in Charlottenburg hat den Regierungspräsidenten veranlaßt, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. In der gestrigen Sitzung des Charlottenburger Magistrats wurde eine Verfügung verlesen, daß die Wahl zu beschleunigen sei. Gleichzeitig erkundigt sich der

Regierungspräsident, weshalb in all der Zeit seit dem Tode des Oberbürgermeisters Fritzsche die Wahl noch nicht vollzogen worden sei und wie es mit der Angelegenheit stehe.

Ein weithin sichtbarer Feuerchein ver kündete in der Nacht zum Freitag den Ausbruch eines großen Schadenfeuers in Rigdorf. Dort war einer der Schuppen der Rigdorfer Eiswerke, in dem sich große Vorräthe von Heu befanden, in Brand gerathen. Als das Feuer kurz nach 12 Uhr nachts entbrach wurde, hatte es bereits einen großen Umfang angenommen und die Flammen loderten aus dem Dache des Holzgebäudes empor. Dem entseelten Element gegenüber waren die Rigdorfer Löschzüge, die von den freiwilligen Wehren aus Britz, Trepow, Rudow und Jochammisthal unterstützt wurden, fast machtlos. Man mußte sich hauptsächlich darauf beschränken, die umliegenden Bauten sowie die in der Nähe befindliche Zincoliumfabrik, die durch Flugfeuer gefährdet wurden, zu schützen. Die Abkühlungsarbeiten des brennenden Gebäudes nahmen die Wehren bis heute Morgen in Anspruch.

Der Restaurateur Landsberg in Trepow sendet uns eine „pregelesene Verächtigung“, in der er behauptet: „Es ist un wahr, daß ich zu Trepow in dem Wahllokal, dem Restaurant Jenner, am Tage der Reichstagswahl dem sozialdemokratischen Stimmzettelvertheiler hinterücks ins Kreuz gestoßen habe, so daß derselbe auf die Straße flog und die Stimmzettel in den Schmutz fielen. Ich habe nur gegen 5 Uhr zu dem betreffenden Stimmzettelvertheiler gefogt, es sei schon Feierabend, er könne nach Hause gehen, die Sache sei vorbei. Es ist ferner un wahr, daß ich, wie in Nr. 156 gefogt ist, den Stimmzettel-Vertheiler mehrmals umkreist, ihn dann angerempelt und ihm schließlich mit beschimpfenden Worten die Stimmzettel aus der Hand geschlagen habe.“

Herr Landsberg war in dem Moment, als er am Stichtagslage seine Nothzeiten begann, in einem Zustande, der es, wie wir zu seinen gunsten annehmen, ihm später gar nicht möglich machte, sich auf seine Unziemlichkeiten zu besinnen. Wir halten seiner werthlosen „Verächtigung“ gegenüber nochmals die in Nr. 156 gedruckte Darstellung völlig aufrecht.

Vermischtes vom Tage.

— Im Hinkelhause zu Murcia (Spanien) sind von 155 Kindern 183 verhungert, weil die Provinzverwaltung so verrottet ist, daß sie das Institut ohne Mittel zur Beschaffung von Nahrungsmitteln lieh.

— Während eines Gewitters schlug bei Bedcia der Blitz mehrere Male ein. Vier Personen wurden getödtet, mehrere schwer verwundet.

— Die deutsche Schaf-Ausfuhr nach Frankreich hatte im Jahre 1882 einen Werth von ca. 17 1/2 Millionen Mark, im Jahre 1897 nur noch von einer Million. An die Stelle Deutschlands sucht Rußland zu treten.

— Durch Funkenflug aus einem vorbeikommenden Eisenbahnzuge wurden fünf Gebäude des Gutes Fiedeburg bei Lübeck in Brand gesteckt und eingeechert. Viel Vieh kam in den Flammen um.

— In Wachen ist eine Kadelfabrik durch Feuer zerstört worden.

— In Bentzen (Oberschlesien) wollte ein Arbeiter das Gatter einer Sägemühle scheuern und hatte zu diesem Zwecke den Kopf durch das Triebrad gesteckt. Die Maschine wurde in Betrieb gesetzt. Der Kopf wurde vollständig zerquetscht.

— Der Dampfer „Johann Albrecht“ ist bei den Hermiten-Inseln bei dem Versuch, die Schiffbrüchigen eines englischen Schuners zu retten, gescheitert. Die Besatzung wurde gerettet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Postkästen oder eine Postkarte) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten werden nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt. A. B. Fragen Sie an bei Herrn Tidemig, Büstenstr. 10, Berlin.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. Juli 1898. Wärrer, vielfach heiter, zeitweise wolfig, bei mäßigen südwestlichen Winden; feine oder unerhebliche Niedererschläge. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Unzer. Achtung!
Wittwoch, den 20. Juli 1898, abends 6 Uhr,
in Keller's Festsälen (Grosser Saal) Koppenstr. 29:
Öffentliche Versammlung
der Puzer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die Organisation und Lohnbewegung der Puzer Deutschlands und die Organisation des Unternehmertums. Referent: Th. Wömmelburg.
2. Ritzthellung der Lohnkommission. Verschiedenes. [183/14
Sägen! Erachtet recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung. Es gilt zu zeigen, daß die Puzer Berlins und Umgegend sich mit ihren Arbeitsbrüdern einmüßig und entschlossen sind, mit denselben gemeinsam zu kämpfen. Deshalb alle Mann zur Stelle.
Die Lohnkommission.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der Bauarbeiter Berlins und Umgegend
am
Sonntag, den 17. Juli, mittags 12 Uhr
im Feen-Palast, St. Wolfgang- u. Burgstr.-Ecke.
Tages-Ordnung: 32/12
1. Die Lage der Bauarbeiter Deutschlands und wie gedenken die Kollegen Berlins betrefis der pekuniären Mittel einzugreifen.
2. Diskussion.
3. Die Beschlüsse der Kommission betrefis Lohnherhöhung und wie stellen sich die Kollegen dazu.
4. Verschiedenes.
Die Lohnkommission.
J. A. W. Noack.

Verband der Möbelpolirer.
Heute, Sonnabend, den 16. Juli:
Grosses Sommer-Fest
im Schweizergarten, am Königsthor.
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Auftreten des neu engagierten Künstler-Peronnals. Im großen Saale Tanz; Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets à 25 Pf. sind bei den bekannten Kollegen zu haben. Kinder unter 14 Jahren sind frei und erhalten gratis Billet zum Karussellfahren und Stadialerne. Die Kaffeestunde ist von 3 Uhr geöffnet. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder nebst Verwandten erwartet.
Das Komitee.
Montag, den 18. Juli, abends punkt 8 Uhr, Andreadstr. 21:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Herrn Kehler über „Arbeitslosen-Unterstützung“. 3. Antrag Weber: von jedem Mitglied pro Vierteljahr 10 Pf. Extrazahlung für Agitation zu erheben. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch oder Karte ist an der Kontrolle vorzulegen. Die Bibliothek ist von 6 1/2—8 Uhr Andreadstr. 26 geöffnet. — Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich Blumenstr. 38, Kranichstr. 197, Ewincmänncherstr. 26. [146/13]
Der Vorstand.

Metallarbeiter-Krankenkasse.
(Zentrale 2.)
Montag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Wärtischen Hof, Admiralsstraße 18a, 44906
Versammlung.
1. Kassenbericht. 2. Vortrag des Vrn. Dr. P. Bernheim: „Der Alkoholismus eine Kulturgefahr.“
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer.
Berlin, Bezirk 3.
Sonntag, den 17. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal des Herrn Bergemann, Postwälderstr. 3.
253/2
Die Ortsverwaltung.
J. A. K. Abend, Briesenstr. 21.

Köpenick.
Sozialdemokratischer Arb.-Verein für Köpenick.
Dienstag, den 19. Juli 1898, abends 8 Uhr, im Lokal von Ad. Schulz, Schönerlanderstr. 5, 7/4
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Renwahl desselben. 2. Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands,
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Hermann Angel
am Dienstag verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes (Sermannstraße) aus statt.
Um rege Theilnehmung ersucht
254/18
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Gärtner
Gustav Danow
am 9. Juli beim Baden ertrunken ist. Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 4 Uhr in Schindewitz statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen (E. H. 86. Hamburg).
Mitglieder-Versammlungen finden statt:
Für Bezirk B. am Montag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Pritsch, Staligerstr. 30.
C. am Sonntag, den 17. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Zabeil, Lindenstr. 106.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Kassenbericht pro II. Quartal 1898. 3. Verschiedenes.
Die Zahlstellen, in welchen an jedem Sonnabend Abend von 8—10 Uhr neue Mitglieder bis zu 45 Jahren aufgenommen werden, befinden sich: Reichenbergerstr. 24 bei Reiburg; Staligerstr. 65 bei Krause; Guelienaustr. 10 bei Wesse; Alie Jakobstr. 69 bei Venz. Die Zahlstelle Reichenbergerstr. 24 bei Reiburg wird am 30. Juli nach Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt verlegt.
Die Ortsverwaltungen.

Achtung! Holzarbeiter!
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Lischer 105/15
Fritz Steinicke
am Mittwoch, den 13. Juli, verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markuskirchhofes in Wilmersburg aus statt. Um rege Theilnehmung bittet
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 12. Juli, ent schied nach jahrelangem Leiden mein lieber Mann, unser Vater, der Weber
Franz Tengel.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 17. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle Alt-Reichenker, Falkenberger Chaussee, aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Allen Freunden und Kollegen meines unvergesslichen Mannes, des Puzers
Gustav Lindner
für die zahlreiche Theilnehmung und reichen trauernden, besonders den Mitgliedern der Zahlstelle I, sowie deren Frauen, dem Gesangverein „Wohlthätigkeit“ für seine trostreichen Besuche, am Grabe sage ich meinen tiefgefühltesten Dank.
Wittwe Lindner nebst Tochter.

Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Gann-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8.
Schöneberger Ulfstr. 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.
Große Hamburgerstr. 20, 1.

Achtung! Verband der Vergolder etc.
Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, 225/10
Kommandantenstr. 20 (Großer Saal):
Große Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Weyl über „Moderne Hellmethode“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom II. Quart. 1898. 4. Renwahl eines ersten Hauptvorstehenden. 5. Verschiedenes u. Fragelosen.
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Sonntag, den 17. Juli:
Tour nach Brandenburg
zum Sängerkönig.
Abf. 6 Uhr: Gedächtnisstraße (Kur-fürstendamm). 11/13
Hört! Radfahrer. Hört!
Neue Herrenräder mit Jubelhor, Preis 90 Mark, verkauft Hartmann, Kankamerstr. 21, I. 45000*

Schönheit
zartes, reines Gesicht, blendend schöner Teint, reiches jugendfrisches Aussehen, sammetweiche Haut, weisse Hände in kurzer Zeit durch „Crème Brönies“. Unübertroffen bei rother und spröder Haut, Sonnenbrand und Hautunreinigkeiten. Unter Garantie franco gegen Mk. 2,50, Briefmarken oder Nachn. nur durch Reichel, Spec., Berlin, Eisenbahnstrasse 4. [54201*]
zum Anlernen 1,25 Mk.
Staats Sager, Andreadstr. 39.

Hüte
für Herren u. Knaben in allen Preislagen.
M. Friedeberg,
Georgkirchstr. 5, part. rechts.
Kein Laden.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hilschke, so gegründet 1872, Zaltzerstr. 13. Ge Admiraistr. am Rottbofer Thor.*

Das beste und größte Vror ist zu haben bei Ludwig Osterhagen, Bädermeister, Britzerstr. 41. 3990b
Fahrräder.
In Fabrik, unter Garantie zu tauf. Theilzahlung bei wäsig. Anzahlung direkt in d. Fabrik Tiefenbacherstr. 33.

Mühlenstraße 8. a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station Warschauerstraße, sind v. I. October 1898. Hofwohnungen v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zubehör v. 72—94 Thaler zu vermieten. 54632*
Näheres daselbst beim Verwalter.
Schloß, Dresdenstr. 38, v. IV. r.
Schloß, W. 8,50, Oranienstr. 27, Hof, Seitenstr. 3 Tr., d. Salzmann.

Streng feste Preise!

Streng feste Preise!

Warenhaus P. Elend

Reinickendorferstr. 8a, Ecke Gerichtstrasse am Nettelbeckplatz.

Eröffnung

heute, Sonnabend, den 16. Juli, Nachmittag 5 Uhr.

Abtheilung für Kleiderstoffe. Leinen- und Baumwollwaren. Wäsche. Posamenten. Trikotagen. — Herren- und Damenhüte. Bänder und Spitzen. Corsets und Schürzen.

Glas. Porzellan. Steingut. Emaille. Lampen. Lederwaren.

Haus- und Küchengeräthe.

Ein Posten
Waschstoffe, 18 Pfg.
Cretons, Batiste, Meter

Ein Posten
Hemdentuch, 12 Pfg.
starkfädige Waare, Meter nur

Ein Posten
Glacé-Handschuhe, 75 Pfg.
prima Qualität, à Paar nur

Ein Partieposten
Crystall-Compotschalen, 5 Pfg.
noch nie dagewesen, à Stück

Sensationell!
Echte Porzellan-Kaffeekannen, 32 Pfg.
Stück mit kleinen Fehlern, sonst 1,25 bis 2 Mk.

Ein Partieposten echte
Porzellantassen, 2 Pfg.
Stück mit kleinen Fehlern, sonst 15-25 Pfg.

Bitte meine 27 Schaufenster zu beachten!

Jede Kundin erhält ein Andenken gratis. Ca. 10 000 Fahnen und Knarren werden an Kinder gratis vertheilt!

Jede Kundin erhält ein Rabattbuch.

Waren-Kaufhaus

Kallmann & Loewenberg

Koppenstr. 12. 1 Minute vom Schlesischen Bahnhof. Münchebergerstr. 10. Wiedereröffnung Sonnabend Nachmittag 5 Uhr.

Frische Fische, gute Fische

empfiehlt die Verkaufsstelle der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ im Bahnhof Börse, Bogen 9-10

von täglich frischer Zufuhr aus ihrem eigenen Fischereihafen und in eigens hierfür erbauten Kühlwagen.

Nachdem der Fang anhaltend ergiebig, treffen täglich 1 bis 2 Waggons (100-200 Ztr.) ausgewählte lebendfrische Fische ein und verkaufe heute und kommende Woche:

- Cablau** (zum Kochen wie zum Braten geeignet) 20 Pf., im Ausschnitt 28-30 Pf. pr. Pfd.
- Rotheungen**, (bester Ersatz für Seeungen) 30
- Grosse Schollen** (Goldbutten) sehr fein 30-25
- Kaurrhahn** (Seeforelle, vorzügl. Brat- u. Bierfisch) 30
- Seelachs** 18-20 Pf., im Ausschnitt 25-28
- Seehecht** 25 Pf. (im Ausschnitt) 35
- Schellfische** in allen Grössen 12-20
- Heilbutten** pro Pfund 45 Pf. (im Ausschnitt) 55-60
- Austernfisch** (sehr empfehlenswerth) 30 Pf., im Ausschnitt 45 Pf. pr. Pfd. **Steinbutten** 0,90-1,00 Mk. pr. Pfd. **Seeungen** in Aspik, 8-Pfund-Dose 3,75 Mk., **Knurrhahn**, gebraten, 8-Pfd.-Dose 2,75 Mk., **See-Aal in Aspik**, 8-Pfd.-Dose 3,50 Mk. **Delicatess-Bratschollen in Aspik** 2,75 Mk.
- Laberdan** 35 Pf. pr. Pfd.

Marinirte Fische:

Delicatess-Bratschollfisch (gebraten und marinirt) in Blechdosen von 17 Pfd. à 3,25 Mk., kleinere 8 Pfd. à 1,75 Mk. **Austernfisch in Gelée** (bester Ersatz für Aal), 8-Pfund-Dose 3 Mk., **Austernfisch-Cotelettes**, 8-Pfund-Dose 2,60 Mk., **Schellfisch in Gelée**, 8-Pfund-Dose 2,30 Mk. **Knurrhahn in Aspik**, 8-Pfund-Dose 3,75 Mk., **Knurrhahn**, gebraten, 8-Pfd.-Dose 2,75 Mk., **See-Aal in Aspik**, 8-Pfd.-Dose 3,50 Mk. **Delicatess-Bratschollen in Aspik** 2,75 Mk.

Geräucherte Fische:

Fludern 60 Pf., **Schellfische** 25 Pf., **Seelachs** 50 Pf., **See-Aal** 60 Pf., **Roche**, bester Ersatz für See, 50 Pf. **Knurrhahn** 50 Pf. pro Pfund. **Makrelen** 40-50 Pf. pro Stück.

Fischkochrezepte gratis! **Johs. Skorczyk, Vertreter.** Fernsprecher III. 8804.

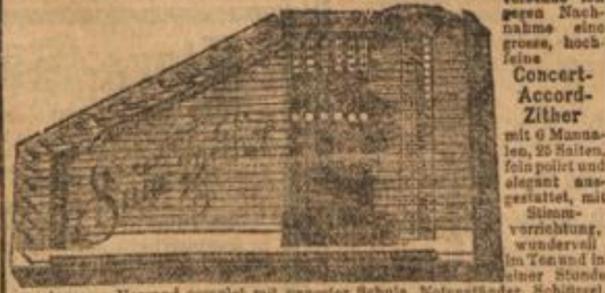
NB. Seefisch ist das billigste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend.

Werkstatt-Bekleidung für jedes Gewerk. Adolph Wecker, Molkenmarkt 3, Blumenfabrik für alle Gewerke.

Herren-Filzhüte, alle Farben, 1 M. nur neue moderne Sachen. (5076L*) Prima Qualität 1,50 und 2,- Die Arbeitshüte immer noch 65 Pf. **Hutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.**

Möbeltischlerei und Lager complet. **Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage zu den billigsten Preisen empfiehlt **Julius Apelt, Tischlermstr.** Skaltzerstrasse 6 (am Kottbusser Thor).

Für nur 7 Mark



versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine Concert-Accord-Zither mit 6 Mannsleuten, 25 Saiten, fein polirt und elegant ausgestattet, mit Sittens-Vorrichtung, wundervoll im Ton und in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenblätter, Schüssel, Kling und Carlon. Früherer Preis dieser Zither 14 Mark. Ein solches Prachtinstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 manuelle an 3 Mark. Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei **Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade i. W.**



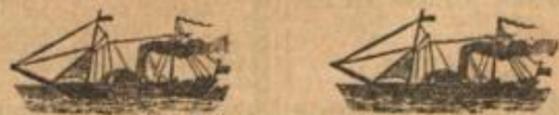
Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser Nummer 5 Pct. 4050L*

Otto Gerholdt, 2 Dresdenerstr. 2, alte Stallgerstraße.

Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Uhrenzweige. **Carl Lux, Uhrmacher,** 35 Chaussee-Strasse 35.

Kinderwagen Kranken-, Wagnen-, Sport-, Rollen-, Voller- u. Gegenbockwagen, Kinderkoppelstühle, Kinder-Fahrräder, Säuglings-Korbwagen. Thonzahlung nach Ueberkunft. **Brunnenstrasse 95,** vis-à-vis Humboldthain, a. Nordbahn. Gesundbrunnen. Telephon III. 1767.



Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur gefälligen Kenntnissnahme, daß wir die Dampfschiffe „Gewald“, „Neptunshain“, „Auffhäuser“ und „Borujia“ mit dem heutigen Tage käuflich erworben haben und übernehmen die seitens der Vereine, Gesellschaften etc. mit der Ober-Prece-Dampfschiffahrts-Gesellschaft Tisser & Co. geschlossenen Verträge bezüglich gemieteter Dampfer.

Die Stationen Borujia = Brauerei, Auffhäuser und Neptunshain a. d. Oberprece sind in unserer regelmäßigen Fahrplan aufgenommen.

Berlin, den 15. Juli 1898. **Direktion der Prece-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“.**

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4.

Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner 6513L*

Zeppiche!
Gardinen!
Portiären!
Steppdecken!
Tischdecken!

zu sehr billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Restaurant Jägerhäuschen, Saatwinkel, empfiehlt allen schattigen Garten, gr. Saal mit Bühne, Stegelbahnen, Kaffeeküche zu Landpartien. **L. Liesen.**